

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.50 Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Rolf und Ritt'...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Einzelheftepreise:
Die einseitige Komposition...

Abbestellen für die nächste Nummer...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 27. Oktober 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Das Kumpfkabinett Luther bleibt.

Luther - Finanzen, Geßler - Inneres, Krohne - Wirtschaft. - Die Politik von Locarno wird fortgesetzt.

Amlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett hat seine heute mittag begonnenen Beratungen am Abend fortgesetzt...

Das Reichskabinett betrachtet es als seine selbstverständliche politische Pflicht, auf dem in Locarno begonnenen Wege fortzuschreiten...

Der Reichskanzler, der im Laufe des Nachmittags Vertreter der Reichstagsfraktionen empfangen hatte...

Was wird aus dem Vertragswerk von Locarno, das die europäischen Völker einander näher bringen soll?

Die zweite Frage ist: Was wird die Regierung tun? Darauf lautet die Antwort nach dem Gang der Verhandlungen des heutigen Tages: sie wird abwarten.

Die Deutschnationalen haben einen Beschluß gefaßt, den keine Partei ohne schwerste innere Krise wieder umstoßen könnte.

Man darf indessen die Hoffnung nicht aufgeben, daß in den nächsten Wochen auch innerhalb der Deutschnationalen Partei teilweise noch eine Sinnesänderung eintritt.

Das ist die Hoffnung auf eine Spaltung der Deutschnationalen.

Die andere Hoffnung ist, daß die Parteien der Linken dem Friedenswerk von Locarno eine Mehrheit geben würden.

Die Parteien der Linken - und vor allem die Sozialdemokratische Partei - haben seit dem Bestehen der Republik Beweise genug für ihr Verantwortungsbewußtsein gegeben.

Die Regierung, die jetzt ihre Hoffnungen auf diese Tatsache aufbaut, hat dafür die Linke - und im besondern die Sozialdemokratische Partei - von der Mitarbeit an den großen inneren Beschäftigungsarbeiten des letzten Jahres ausgeschlossen.

Die Lage Deutschlands nach dem Kriege hat in der Außenpolitik von allen Parteien erhöhtes Verantwortungsbewußtsein gefordert.

Das Berliner Endergebnis.

Amlich wird gemeldet: Die Zahl der Wahlberechtigten beträgt 2 935 908, abgegebene Wahlscheine 124, Zahl der ungültigen Stimmen 16 658...

Von den gültigen Stimmen haben erhalten:

- 1. Sozialdemokratische Partei 604 704.
2. Deutschnationale Volkspartei 365 326.
3. Deutsche Volkspartei 111 432.
4. Kommunistische Partei 347 382.
5. Deutschdemokratische Partei 171 961.
6. Deutsche Wirtschaftspartei 73 264.
7. Zentrumspartei 63 265.
8. Unabhängige Sozialdemokratische Partei 24 608.
9. Deutsch-Völkische Freispartei 27 534.
10. Deutschsozialer Partei 25 200.
11. Coangelischer Gemeinschaftsbund 17 161.
12. Die Arbeiterpartei 627.
13. Deutschnationaler Bund der Hauswirte 147.
14. Der Sparerbund 4 101.
15. National-liberale Reichspartei 1 309.
16. Deutsche Mittelstandspartei 2 479.
17. Deutsche Arbeitnehmerpartei 554.
18. Nationale Wirtschaftliche Vereinigung 648.
19. Entschiedene Demokraten 164.
20. Partei für Arbeiterwohl und Bodenreformer 1 249.

(Siehe auch 3. Seite.)

urteilt. Die Grenze einer von Verantwortungsbewußtsein getragenen nationalen Opposition wird überschritten, wenn sie um der Opposition willen entscheidende, im nationalen Interesse liegende Fortschritte gefährdet.

Die Erziehung der Deutschnationalen zum Verantwortungsbewußtsein mag gewiß eine große politische Aufgabe sein, aber die Regierung Luther war alles andere als eine Erziehungsanstalt für so schwach mit Verantwortungsbewußtsein begabte Politiker wie die Deutschnationalen.

Die Regierung Luther hat von den Deutschnationalen ihren Fuhtritt dahin. Die Deutschnationalen haben sich gestellt, als ob sie auf dem Wege der Bekehrung wären, um die Gegengeschenke zu sichern.

Vielleicht wird man jetzt zugeben müssen, daß die Deutschnationalen schon besser damals aus der Regierung ausgetreten wären, andererseits aber wird man dem entgegenhalten können, daß das ganze Werk der innerpolitischen Gesetzgebung, das äußerst dringend war, sonst nicht hätte erledigt werden können.

Das also sind nun die Resultate, die die Regierung Luther mit ihren Methoden der Erziehung an den Deutschnationalen erzielt hat!

Sie wird nicht erstant sein, daß uns dabei eine bittere Empfindung überkommt. Die Situation wird der vom Jahre 1923 immer ähnlicher. Damals hatte die Regierung Cuno, deren politischer Berater Helfferich war, die deutsche Politik in die Katastrophe am Ende des Ruhrkampfes hineingeführt.

Erziehung der Deutschnationalen zum staatlichen Verantwortungsbewußtsein? Zunächst scheinen uns die Führer der Regierung Luther selbst dieser Erziehung bedürftig. Sie müssen lernen, daß die Deutschnationalen nicht mit den Methoden ihrer üblichen politischen Geschäfte erzogen werden können.

Soll der Wille dieser Mehrheit durchgesetzt werden, so muß sie selbst zur Entscheidung aufgerufen werden. So muß den Deutschnationalen klar gemacht werden, daß sie sich nicht nur in politischer Isolierung von der Mehrheit des deutschen Volkes befinden, sondern daß sie mit ihrer verantwortungslosen Gefährdung der nationalen Interessen selbst einen Kordon der moralischen Isolierung um sich ziehen.

Wenn die Regierung Luther hofft, daß die Sozialdemokratie ihr helfen würde, den Deutschnationalen ein paar Wochen Ferien von der Verantwortung zu geben, so ist sie sehr im Irrtum.

Besprechungen beim Reichskanzler.

Die Auffassung der sozialdemokratischen Vertreter. Der Reichskanzler lud im Laufe des Montagnachmittags Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion zu einer Besprechung über die politische Situation ein.

Sobald sich die endgültige Gestaltung der sogenannten Rückwirkungen des Vertrages von Locarno übersehen ließen, würde die Regierung endgültig zur Ratifizierung des Vertrages Stellung nehmen und die Entscheidung des Reichstages herbeiführen.

Unfere Vertreter verwiesen darauf, daß der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für Mittwoch einberufen sei. Früher sei eine definitive Stellungnahme nicht möglich.

Stresemann über die Krise.

Kopenhagen, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Berliner Korrespondent des 'Politiken' hatte am Sonntag nachmittag nach dem Rücktritt der deutschnationalen Minister eine Unterredung mit dem Reichsaußenminister. Stresemann erklärte wiederholt und kategorisch, daß der Vertrag von Locarno auf jeden Fall von Deutschland ratifiziert werde.

Ein anderer Dolchstoß.

Bayerisches Echo der Regierungskrise.

München, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Mit Ausnahme des deutschnationalen Parteiblattes wird hier die Entscheidung der Deutschnationalen entschieden verurteilt. Das Organ der bayerischen Regierung, die „Staatszeitung“, spricht von einer gewagten Politik, „weil sie durch das Herbeiführen einer Regierungskrise im gegenwärtigen Augenblick die tiefen Anfänge zu einer Konsolidierung der europäischen Lage, die durch den Sicherheitspakt und die Verhandlungen von Locarno zweifellos herbeigeführt wurden, wieder vernichtet und damit die ganze Welt, nicht nur die Alliierten, zu neuem Mißtrauen Deutschland gegenüber nötigen. Nicht minder gewagt ist es, wenn man in einer Zeit, in der die Wirtschaftskrise auf das höchste gestiegen ist und die Leuerung die Massen lebhaft bewegt, die Regierung womöglich in die Zwangslage versetzt, Neuwahlen auszuschreiben.“

In außerordentlicher Erregung versetzte sich beim Eintreffen der deutschnationalen Entscheidung am Sonntagabend der gerade zu seiner Schlußsitzung versammelte Landesparteitag der Deutschen Volkspartei. Diese Erregung äußerte sich in der Erklärung, daß die Haltung der Deutschnationalen „ein neuer Dolchstoß in den Rücken des deutschen V. V.“ darstelle, ein Urteil, das sich der ganze Parteitag unter Anwesenheit des Staatssekretärs Kempe und des Abg. Scheinrat Ruhl zu eigen machte.

Schwerindustrielle Beklemmungen.

Angst um Locarno.

Essen, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die rheinisch-westfälische Schwerindustrie ist von der durch die Deutschnationalen propagierten Regierungskrise äußerst unangenehm überrascht. Sie befürchtet unangenehme wirtschaftliche Rückwirkungen infolge der Gefährdung der ausländischen Industriedividenden. Man glaubt ferner, daß durch die Regierungskrise auch eine weitere Verzögerung des Rhein-Ruhr-Traktats bedingt wird, da die Behandlung der für den Industriezusammenschluß hochwichtigen Steuerfrage jetzt wieder auf Wochen verschleppt werde. Die Behandlung der Steuerfrage durch die Reichsregierung sei infolge der sehr entgegenkommenden Haltung Luthers und Stresemanns bereits weit gediehen. Von einer neuen Regierung, die vielleicht mehr links orientiert sei, könne das von dem bisherigen Reichstabinett gezeigte Entgegenkommen dagegen nicht erwartet werden.

Recht bezeichnend für den Kagenhammer in den Kreisen der Schwerindustrie ist die Haltung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“. Solange mit dem bestimmten Umfalle der deutschnationalen Reichstagsfraktion gerechnet werden konnte, wußte das Blatt seine Kritik am Verhandlungswert von Locarno nicht scharf genug einzustellen. Jetzt bezieht es sich, zum Ausgleich und zu einer Behebung der Krise zu raten, indem es schreibt:

„Schneller als zu erwarten, ist dieser Beschluß gefaßt worden. Sicher ist er als Zeichen lebhaften nationalen Verantwortungsgefühls zu werten. Verständlich ist die Schnelligkeit, mit der dieser endgültige Beschluß gefaßt wurde aber nur dann, wenn tatsächlich schiefte, daß außer den in den Parlamenten niedergelegten Vereinbarungen in Locarno nichts erreicht worden ist. Ob dies der Fall ist oder ob tatsächlich die bisher laut gewordenen Erklärungen Belands und Chamberlains nur als Beruhigungsreden für die öffentliche Meinung Frankreichs und Englands anzuspitzen sind, denen im Hintergrund weitere mündliche Zugeständnisse an die deutsche Delegation entgegenstehen, wird sich in den nächsten Stunden entscheiden müssen. Denn es ist jetzt durch den Rücktrittsbeschluß der deutschnationalen Reichsminister der letzte Termin für die deutsche Delegation gekommen. Zugunsten, die sie in Locarno etwa von England und Frankreich mündlich erhielt, den Führern der Parteien, wenn auch vertraulich, bekanntzugeben, und dadurch eine Beilegung der Krise herbeizuführen, oder aber — endgültig anzuerkennen, daß garantierte Zugeständnisse der Gegenparteien in Locarno nicht gemacht worden sind, daß also das Ergebnis der Verhandlungen von Locarno einen deutschen Mißerfolg bedeutet, wodurch allerdings der deutschnationalen

Beschluß keine Rechtfertigung erfahren würde. Der deutschnationalen Beschluß muß den Verhandlungspartnern jenseits des Rheines und an der Themse mit aller Klarheit zu verstehen geben, daß es höchste Zeit ist, sich über die Deutschland zu machenden Konzeptionen schlüssig zu werden oder sie, falls sie in Locarno zugesagt worden sein sollten, schleunigst in die Tat umzusetzen.“

Es scheint, daß die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ seit mehr als acht Tagen in einen tiefen Schlaf versunken ist. Luther und Stresemann haben wiederholt erklärt, daß garantierte Zugeständnisse nicht gemacht worden sind, und soweit unverbindliche Erklärungen der alliierten Minister gemacht wurden, sind darüber nicht nur die Parteiführer, sondern auch die Delegierten aus dem Rheinlande unterrichtet worden! Alles das hat das Organ der Schwerindustrie verschlafen!

Die Verständigung über die Räumung.

Rhein zu Jahresanfang wahrscheinlich frei.

London, 26. Oktober. (W.B.) Der amtliche englische Funkdienst meldet: Die Nachricht, daß der Oberkommandierende der englischen Streitkräfte in Köln angewiesen worden ist, beschleunigte Vorkehrungen für die Räumung dieser Stadt zu treffen, hat hier allgemeinen Beifall gefunden.

Die Verwirklichung der Räumung erfordert naturgemäß einige Zeit, aber wenn nichts Unvorhergesehenes eintritt, kann damit gerechnet werden, daß die Räumung zu Anfang des neuen Jahres durchgeführt sein wird.

Da die Rheinlandsbefehle eine Angelegenheit der Alliierten ist, wird sich England auch weiterhin daran beteiligen. Die im Rheinland verbleibenden Truppen sollen in die Gegend von Wiesbaden verlegt werden, wo man sie neben den französischen unterzubringen hofft.

Aber die Vorkonferenz entscheidet.

London, 26. Oktober. (W.B.) Wie Reuter erfährt, kam, bevor nicht die Vorkonferenz, die morgen in Paris stattfindet, ihre Beratungen über die Entwaflung Deutschlands und die letzte deutsche Note abgeschlossen hat und bevor nicht das ordentliche Verfahren zu Ende geführt ist, irgendeine endgültige Entscheidung über den Zeitpunkt der Räumung der Kölner Zone nicht gefällt werden.

Chamberlain auch wegen der Entwaflung in Paris.

Paris, 26. Oktober. (A.L.) Der Besuch Chamberlains in Paris wird nicht nur seiner Teilnahme an der heute nachmittag stattfindenden Sitzung des Völkerbundes gelten, sondern auch zu einer Aussprache mit Briand über die auf die deutsche Entwaflungsnotiz zu erzielende Antwort Gelegenheit geben.

Die Dolchstoßflüge in höchster Not.

General v. Ruhl gibt sie preis — Ruttner rechnet mit Cohnmann ab.

München, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Im Dolchstoßprozeß kam am Montag der letzte Zeuge des Klägers Cohnmann zu Wort, der seine Aussagen zugleich vermischte mit einem Gutachter als Sachverständiger: General a. D. Hermann von Ruhl, der während des ganzen Krieges Generalstabschef der Armee Kronprinz Rupprecht von Bayern war und bekannt geworden ist durch seine ausführliche Denkschrift für den parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Seine mehrstündigen Ausführungen ließen ihn als einen Anhänger der Dolchstoßlegende von ganz besonderer Eigenart erkennen, da er auf Grund seiner genauen Kenntnis der Lage an der Front den Vorwurf des Dolchstoßes in den Rücken des Heeres nur gelten lassen will mit Bezug auf die Revolution vom 7. November, die nach seiner Ansicht den deutschen Streitkräften die Möglichkeit des Weiterkämpfens genommen hat. Wohlgerichtet: die Möglichkeit des Weiterkämpfens, nicht aber etwa die des Sieges;

denn der Sieg war nach seiner Ansicht seit dem Scheitern der deutschen Märzoffensive 1918 für Deutschland unmöglich mehr zu erringen.

Zusammengedrängt erklärte der General folgendes: Wir können nicht behaupten, daß wir den Krieg lediglich durch die Unterwerfung des Heeres verloren hätten. Es müßte naturgemäß

sehr vieles dazu kommen, um Deutschland zu Fall zu bringen. In erster Linie steht hier die Blockade, nachdem das deutsche Volk bis an die äußerste Grenze seiner Leistungsfähigkeit gegangen war. Dann fehlte unserem stark erschöpften Heere der Ersatz. Wir sind dann ferner

der großen Ueberlegenheit der Entente unterlegen, nachdem die Amerikaner schneller, als wir angenommen hatten, auf dem Felde erschienen

sind. Von großem Einfluß war schließlich der Zusammenbruch Bulgariens, der Türkei und die völlige Erschöpfung Oesterreich-Ungarns. Die weit militärische Fehler der Obersten Heeresleitung an dem verlorenen Krieg schuld haben, will ich nicht erörtern, behaupte aber, daß die Oberste Heeresleitung das Reservenmögliche geleistet hat. Wir waren im Sommer 1918 mit unserem Ersatz so ziemlich zu Ende. Wir mußten Divisionen auflösen und die Mannschafstärken der Kompagnien verringern. Hier liegt mit der Hauptgrund der Niederlage. Dieser Mangel kam von den außerordentlichen Verlusten in den Sommerschlachten 1918. Wir haben in der Zeit von Januar 1918 bis zum Waffenstillstand an Toten und Verwundeten etwa 420 000 Mann verloren und in derselben Zeit an Gefangenen und Vermissten 340 000. Die letzte ungeheure Zahl ist zurückzuführen auf die große Zahl der Fahnenflüchtigen, Ueberläufer und Draufgänger. In den Bahnhöfen der Etappen lungenerten viele Zejnlaufende herum, meist Leute aus dem Urlaub, an die sich in der Heimat der zersetzende Einfluß herangemacht hatte. Gewiß ist zuzugeben, daß sich die Gesamtarmee Deutschlands im Sommer 1918 außerordentlich verschlechtert hatte. Auch muß zugegeben werden, daß unsere Betriebsstoffe für die Fliegerarmee und für die Kraftwagen sehr knapp waren, nachdem wir nicht mehr über Rumänien verfügen konnten. Die Behauptung läßt sich also nicht aufrechterhalten, daß lediglich der Dolchstoß uns die Frucht des Sieges genommen hat. Aber die pazifistische und revolutionäre Unterwerfung unseres Heeres hat zum Zusammenbruch ganz wesentlich beigetragen.

Am 10. November war militärisch alles für Deutschland verloren.

Es war nicht mehr möglich, den Krieg weiterzuführen. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß es möglich gewesen wäre, ohne Revolution den Krieg

weiterzuführen, freilich nicht um zu siegen.

sondern um die Bedingungen zu mildern, unter denen uns der Friede bevorstand. Wir haben seit Sommer 1918 niemals mehr an einen Sieg gedacht. (!) Das Wort vom Dolchstoß in dem vielgebrauchten Sinn, als ob die Heimat dem siegreichen Heer in den Rücken gefallen sei und als ob nur dadurch der Krieg verloren worden wäre, trifft also nach meiner Ansicht nicht zu. Wir sind aus vielen Gründen unterlegen.

Nach dem Vortrag des Generals stellte der Verteidiger Hirschberg eine Reihe von Fragen. Von den Antworten ist u. a. interessant, daß die vielgerühmten Ausnahmestellungen hinter der Waas nach den verlorenen Schlachten im Juli und August 1918 noch gar nicht gebaut, sondern nur ausgehacht und projektiert waren. Es ist also durchaus zweifelhaft, ob das Festhalten dieser Stellungen überhaupt gelungen wäre.

Dann kam der erste Zeuge des Beklagten, und zwar der Genosse Ruttner, zu Wort. Auf Grund seiner persönlichen Erfahrungen als einzelner Soldat an der Front und später dann als Redakteur der sozialdemokratischen „Freipost“, wo tausende und aber tausende Briefe von Frontsoldaten durch seine Hände gingen, hatte Genosse Ruttner nach Angabe des Gerichtsvorstehenden die Aufgabe, zunächst seine selten große Kenntnis von der Stimmung an der Front, d. h. von den vorherrschenden Mißständen, wiederzugeben. Der Zeuge kam dieser Aufgabe mit außerordentlicher Gewissenhaftigkeit nach und hatte dabei trotz seiner schweren Angriffe auf gewisse Teile des Offizierkorps das Ohr des ganzen Gerichtssaales für sich. Er brachte eine beinahe unübersehbare Zahl von Beispielen über die Mißstimmung bei. Ernährungs, schlechtes Quartier, Soldatenmishandlungen usw. und stützte sich dabei meist auf Originaldokumente. Er schloß diesen Teil seiner Ausführungen mit dem Satz: „Wenn man mit dem Schlagwort „Dolchstoß von hinten“ operiert, so scheint mir hier ein Meißer wirksam gewesen zu sein, an dem sich Korpskrieger für die Selbstschaden und Büchsenflügel befinden haben.“

Im zweiten Teil seiner Zeugnisaussage hatte sich Genosse Ruttner in einer kritischen Würdigung einzelner Fälschungen in den Cohnmann-Hefen zu äußern. Auch hier gelang es ihm, an der Hand seines eigenen reichhaltigen Materials den Veröffentlichungen Cohnmanns das wissenschaftliche Rätselkreuz wegzuräumen und sie als demagogische Verdrehungen und Halbheiten zu charakterisieren. Am Schluß nahm Ruttner sich noch den Admiral von Trotha vor,

Unser neuer Roman.

Clara Biebig hat auf unsere Bitte ihren neuen Roman, der heute bei uns zu erscheinen beginnt, ein paar Zeilen vorangeschickt:

„Sie wünschen, daß ich dem Abdruck meines Romans ein paar einführende Worte vorausschicke, damit Ihre Leser wissen, was ihrer wartet. Ich kann das wohl verstehen. Verstehen, daß Sie sie nicht mit einem Wert gemessenmaßen überfallen wollen, das an ihr innerstes Herz greifen, sie in den tiefsten Tiefen ihres menschlichen Empfindens aufzittern soll. Ja, ich schildere in meiner „Passion“ eines armen schuldlosen Menschenkinds Leidensweg, der ohne gleichen scheint und doch der Leidensweg vieler Tausender ist. Ich habe es gewagt, hier von einer Krankheit zu sprechen, über die eine konventionelle Moral den Scheiter der Fröhenheit deckt. Daburh ist sie zu einem sozialen Problem nicht nur unseres Volkes, sondern der ganzen Welt geworden.“

Zur Lösung dieses Problems sind von privaten Stellen erst schüchtern Versuche gemacht worden, während die sozialen Folgen der Tuberkulose seit langem vom Lande bekämpft werden. Beide Krankheiten sind nicht nur ärztlichen, sondern auch von sozialen Gesichtspunkten zu betrachten, denn Jahr für Jahr fordert die Sphillo nicht viel weniger Opfer als die Tuberkulose und ebenso unheilbar.

Den Weg eines solch unschuldigen Opfers der „Sünden der Väter“, wie man zu sagen pflegt, verfolgte ich in meinem Roman und hoffe, es ist mir gelungen, die Sünden dabei aufzudecken, die die Allgemeinheit an ihnen hegeht.

Nicht die Geschichte eines kranken Menschen habe ich geschrieben, sondern die Geschichte eines kranken Volkes. Röge sie ein wenig dazu helfen, daß es gesundet!“

Das Ende der Dame.

Von Friederike Umlauf.

Wir erleben es täglich, daß es Menschen gibt, die für Weltgeschicknisse unwiderrücklicher Art taub und blind geworden sind und in ihren verstaubten Kammern weiter vegetieren wie Motten in alten zerfressenen Pelzen. So stimmt eine „Dame“ in Nr. 506 des „Berliner Tageblatts“ eine „Große Klage“ an über das Verschwinden der Dame. Sie schreibt unter anderem: „Der heutige Weltgeist negiert, bezweifelt, ignoriert, profaniert und brutalisiert die Dame... eine Ideal umwobene Erscheinung, in der man gleichsam den Begriff der Königin in jedes Weib übertrug.“ Wenn man sich den Ideal der Verfasserin jenes Artikels zu eigen machen wollte, so wäre der Tod der Dame als großer Sieg der Menschlichkeit zu bezeichnen. Denn jene „Dame“, eine Drohne, das Luxusprodukt der herrschenden Schicht, lebte in vergangenen Zeiten mit allen

Institutionen, welche spätere Revolutionen zu befehligen bestrebt waren. Jenes Ideal der Dame entspringt der ritterlichen Romantik. Auch heute ist es noch die sogenannte Dame, die berechtigt zu sein glaubt, auf den arbeitenden Menschen herabzusehen, die ihre Söhne zu einem falschen Ehrbegriff und Hedentum erzieht und die mit Schuld ist an der unsozialen Einstellung unserer bürgerlichen Jugend. Wir Frauen, die wir gottlob die Dame in jenem Sinn überwunden haben, ergehen unsere Töchter so, daß ihnen die Arbeit etwas Selbstverständliches ist und man von ihnen hoffen darf, daß sie einmal die Träger einer körperlich und geistlich gesunden Generation werden.

Hatte eine „Dame“ im Jahr 1918 Verstand, soziales Empfinden und wahre Würde, d. h. war es ihr lästig, den anderen zur Last zu fallen, dann bestand sie, durch schwere Not sich hindurchringend, die Prüfung. Man kennt sie in Scharen, ehemals elegante Genieherinnen, heute mitten im praktischen Erwerb stehend. Ihre Sinne, für das Menschliche geschärft, haben auch zu Natur und Kunst eine tiefere Beziehung gefunden. Wenn die Verfasserin ein Loblied auf einen modernen Beichnam anstimmen würde, so möchte es noch hingehen. Die schärfste Zurechtweisung erfordert aber die tollbreiteste und unverantwortlichste Behauptung, daß heute an Stelle der Dame die Dirne getreten sei. „Die Dirne“ sieht heute am Puppisch, den die Dame verlassen hat, sie sieht an der Stelle der Dame im Wagen, im Salon, im Theater... Die Dirne versucht sich heute als Braut und Gattin, Herrin des Hauses, ja selbst Mutter mandmal — im Kaufmann oft fast nicht zu unterscheiden von der Dame, und dennoch, wenn auch noch so gut verborgen hinter ihrer Maske, unverkennbar und unverkennbar gezeichnet mit dem Mal ihrer Art.“

Es geht nicht an, daß solche Dinge in einer weitverbreiteten, demokratischen, republikanischen Zeitung von uns Frauen gesagt werden können, ohne uns zu berechtigtem Protest herauszufordern.

Literarische Zufallsfälle.

Wie Samen, der, durch Zufall vom Wind auf eine öde Insel getragen, dort Pflanzen entstehen läßt, so werden auch geistige Anregungen verstreut, die dann plötzlich ein großes Kunstwerk erblühen lassen. Für diese Erscheinung führt Fritz Adolt hienach in einem Aufsatz der „Leipziger Illustrierten Zeitung“ zwei bezeichnende, wenig bekannte Beispiele an. Am Dienstag, den 17. August 1647, erschien in der „Leipziger Zeitung“ die folgende Notiz: „Leipzig, 16. August. Heute kam man in der Nähe von Reusellerhausen die Leichname eines Jünglings und eines jungen Mädchens, die beide durch einen Pistolenschuß getötet worden waren. Man vermutet, daß der junge Mann zuvörderst das Mädchen und dann sich selbst getötet, und die Ursache dieser schrecklichen Tat unglückliche Liebe gewesen sein möge.“ Am 2. September gab dann das „Leipziger Kreisblatt“ Näheres bekannt; unterdessen war aber die Kunde von der Begebenheit schon in die Ferne gedrungen, und am 3. September konnten die „Zürcher in ihrer „Freitagzeitung“ unter der Rubrik Sachen lesen: „Am Dorf Kitzlerhausen bei Leipzig lebten sich ein Jüngling von neunzehn Jahren und ein Mädchen von siebzehn Jahren, beide Kinder armer Leute, die aber

in einer üblichen Feindschaft lebten und nicht in eine Vereinigung des Boares willigen mochten. Am 15. August begaben sich die Verliebten in eine Wirtshaus, wo sich arme Leute vergnügen, tanzten bis weit in die Nacht 1 Uhr und entfernten sich darauf. Am Morgen fand man die Leichen beider Liebesenden auf dem Felde liegen: sie hatten sich durch den Kopf geschossen.“ Ein Schweizer Dichter las diesen Bericht; er wurzelte in seinem Herzen, und nachdem er erst versucht hatte, die Geschichte in einem kleinen epischen Gedicht zu gestalten, entstand Gottfried Keller's schönste Novelle „Romeo und Julia auf dem Dorfe“.

Am 3. Juni 1821 erlisch der 41 Jahre alte Friseur Johann Christian Woyzeck die 46jährige Witwe des Chirurgen Woyzeck in dem Hauseingang zu ihrer Wohnung in der Sandgasse zu Leipzig. Da über die Jurisprudenzfähigkeit des Mörders Zweifel aufstauden, entspann sich eine langjährige Untersuchung, bis schließlich Woyzeck doch des Mordes für schuldig erklärt und am 27. August 1824 das Todesurteil auf dem Marktplatz zu Leipzig mit dem Schwert vollstreckt wurde. Das gerichtspräsidentliche Gutachten, das 1824 und 1826 in Henkes „Zeitschrift für Staatsarzneikunde“ veröffentlicht wurde, beschäftigte die wissenschaftlichen Kreise und kam auch einem jungen Studenten der Naturwissenschaften in Darmstadt zu Gesicht. Sein Genie schuf aus dem Stoff ein Drama, das zwar Bruchstück geblieben ist, aber zu den großartigsten dramatischen Werken unseres Schrifttums gehört: Georg Büchners „Woyzeck“.

Weitere Erfolge des „Autogiro“. Der spanische Ingenieur Juan della Cierva hat seine Flugversuche mit dem Autogiro in Formbaurach fortgesetzt. Dabei löste der Apparat mehrere der vom Luftfahrtministerium gestellten Aufgaben, die eine Landung auf Gebäudedächern und Schiffsböden selbst bei schlechtem Wetter für eine nahe Zukunft voraussetzen lassen. Aus den Versuchen ergab sich, daß der Autogiro zwar nicht senkrecht abfliegen kann, aber mit einem Raum von 50 bis 90 Meter auskommt. Wie der Erfinder behauptet, ist dieser Raum auch nur für die zu den Versuchen benutzte Modellmaschine erforderlich, während eine große Maschine einige 20 Meter benötigen würde. Der Abstieg und die Landung erfolgen dagegen vertikal, wobei sich der Apparat ohne jede Erschütterung hinzieht, wie etwa ein Vogel. Der den Versuchsapparat verführende Flieger, Hauptmann Courtines, erklärte, daß nach seiner Meinung die Erfindung eine glänzende Zukunft habe.

Die Strauß-Festern in Deutschösterreich. In ganz Oesterreich fanden am Sonntag große Strauß-Festern statt. Vom frühen Morgen bis in die späten Abendstunden herrschte überall reges Leben. Den Höhepunkt der Freierlichkeiten in Wien bildete die große Jubiläumsgesellschaft vor dem Strauß-Denkmal im Stadtpark. Hierzu war das ganze offizielle Oesterreich mit dem Bundespräsidenten Hainlich an der Spitze erschienen. Bundespräsident Hainlich sagte in seiner Ansprache, daß es ihm unerträglich sei, wie eine wilde Trommelmusik die schönen Wiener Wälder von Strauß habe vertreiben können.

Der dänische Henker wird abgebaut. Die dänische Regierung hat ihrem Henker mit halbjähriger Frist gekündigt, da seit Jahren der Mann arbeitslos war und nur noch sein Gehalt einstrich. In Dänemark hat seit 20 Jahren keine Hinrichtung mehr stattgefunden, obwohl die Todesstrafe offiziell noch nicht abgeschafft ist.

der bekanntlich in seiner Zeugnisaussage verfaßt hat, seinem Besuch in der Redaktion des „Vorwärts“ im November 1918 einen ganz anderen Sinn zu unterlegen. Kuttner, der seinerzeit die Unterredung mit Herrn von Trotha geführt hat, wies überzeugend nach, daß der Admiral damals den beabsichtigten Flottenvorstoß

nur als Entlastung für die Westfront

verstanden wissen wollte, während er heute behauptet, daß es sich sehr wohl um eine Entscheidungsschlacht mit der englischen Flotte gehandelt hat, und zwar hinter dem Rücken der Reichsregierung. Mit außerordentlicher Wirkung schloß Kuttner: „Wenn man von einer Marinemuterei redet, so muß man es sich immer überlegen, daß

die Meuterei begonnen hat bei der Leistung der Marine

und erst dann auf die Mannschaft übergegriffen hat.“ Kuttner soll am Dienstag nach einem eingehenden Kreuzverhör des Hofmannschen Anwalts unterworfen werden. Dann kommen als Zeugen die Genossen Weis und Landsberg.

Badischer Kurs.

Nach den Neuwahlen.

Karlsruhe, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Form der künftigen Regierungskoalition steht jetzt im Mittelpunkt der Erörterungen. Das Freiburger Zentrumblatt, die „Tagespost“, bemerkt: „Das badische Volk hat sich in erdrückender Mehrheit für die Fortführung der bisherigen Koalitionspolitik (Zentrum, Sozialdemokraten, Demokraten) ausgesprochen.“ Der sozialdemokratische Karlsruher „Volksfreund“ erklärt: „Nach dem Ausfall der Wahl kann die alte Koalition wiederkehren.“ Die volksparteiliche „Badische Presse“ tritt dagegen mit folgender Forderung an das Zentrum heran: „Der Führer des Zentrums, Dr. Schofer, wird sich erklären müssen, ob er mit der Volkspartei oder mit der Sozialdemokratie regieren will. In ersterem Fall könnte man dem Zentrum den Posten des Staatspräsidenten auf die nächsten vier Jahre überlassen. Bisher trat alljährlich ein Wechsel zwischen den Koalitionsparteien ein.“

Vor dem Rücktritt Painlevé?

Die Caillaux-Krise dauert an — Briands Kompromißversuche gescheitert.

Paris, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Lösung der französischen Ministerkrise, die allgem. für Montag erwartet wurde, ist auf Dienstag oder Mittwoch verschoben worden. Der Kabinettsrat beschäftigte sich am Montag vormittag eingehend mit den Finanzplänen Caillaux'. Die Aussprache darüber hat so viel Zeit in Anspruch genommen, daß der für 11 Uhr angelegte Kabinettsrat unter Vorsitz der Präsidenten der Republik abgesetzt werden mußte. Da Außenminister Briand durch die Sitzung des Völkerbundsrats und auch der Präsident der Republik durch andere Verpflichtungen verhindert waren, konnte der Kabinettsrat auch am Nachmittag nicht stattfinden. Die politische Krise hat dadurch allerdings keine wesentliche Änderung erfahren. Die von Briand unternommenen Versuche, ein Kompromiß zwischen Painlevé und Caillaux herbeizuführen, sind, wie wir hören, gescheitert. Painlevé und mit ihm die Mehrheit des Kabinetts ist nach wie vor der Auffassung, daß die Regierung den Forderungen der Mehrheit des Kartells auf Einführung einer Vermögensabgabe Rechnung tragen muß, während Caillaux sich dieser Forderung unverändert entgegensetzt.

„Der Meinungsunterschied zwischen dem Finanzminister und der Mehrheit seiner Kollegen“, schreibt der „Paris Soir“, „besteht weiter. Man kann sogar sagen, daß die Rede Caillaux' am Sonntag ihn noch verschärft hat. Die Unterredung, die Painlevé am Montag vormittag mit Caillaux und Briand hatte, führte zu keiner Einigung. Am Dienstag vormittag wird nach dem Ausgang des Kabinettsrats höchstwahrscheinlich der Gesamtrücktritt des Kabinetts dem Präsidenten der Republik überreicht werden. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der Präsident nach den üblichen Beratungen wiederum Painlevé mit der Kabinettsbildung betrauen wird.“

Mandöver gegen den Frank.

Paris, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Im Kabinettsrat hat Finanzminister Caillaux am Montag vormittag bekanntgegeben, daß nach Nachrichten, die im Außenministerium eingetroffen sind, französische Spekulanten im Auslande erhebliche Käufe fremder Devisen getätigt haben. Es wurde deshalb beschlossen, daß die zuständigen Stellen zur Unterdrückung der Spekulation die erforderlichen Maßnahmen ergreifen. Die Nachricht von diesem Beschluß des Kabinettsrats hat einen günstigen Einfluß auf die Haltung des Frankfurter ausgeübt, dessen rapides Sinken sich unterbrochen worden ist. Das Pfund, das am Montag früh bereits mit 121,50 notierte, ging auf 115 zurück; der Dollar ist ebenfalls von 25 auf 23,75 zurückgegangen.

Der Balkankonflikt vor dem Völkerbund.

Die Pariser Sitzung des Rates.

Paris, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Unter Vorsitz des französischen Außenministers Briand ist am Montag nachmittags um 5 Uhr der Völkerbundsrat in Paris zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten, um den griechisch-bulgarischen Konflikt beizulegen. Sämtliche Mitglieder des Rates, mit Ausnahme des tschechoslowakischen Außenministers Beneš, sind zu dieser Sitzung nach Paris gekommen; auch der Sekretär des Völkerbunds, Sir Drummond, ist in Begleitung einer Anzahl von Mitarbeitern in Paris eingetroffen. Die beiden streitenden Mächte werden vor dem Rat durch ihre Gesandten in Paris vertreten. Der öffentlichen Sitzung des Rates ging eine vertrauliche Besprechung der Ratsmitglieder unter Ausschluß der Vertreter Bulgariens und Griechenlands voraus.

Beide Seiten beteuern Unschuld.

Paris, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die heutige Sitzung des Völkerbundsrates für die Beilegung des griechisch-bulgarischen Zwischenfalls ist mit einstündiger Verspätung erst um 6 Uhr abends eröffnet worden. Infolge des regnerischen und nebligen Wetters hatten sich nur wenige Reuegler vor dem Quai d'Orsay eingefunden, so daß die Ankunft der verschiedenen Delegierten ziemlich ungestört verlief. Die Sitzung fand im Uhrensaal, der durch die Pariser Friedenskonferenz bekannt ist, statt. Es war bemerkenswert, daß die Journalisten sich beim Erscheinen Chamberlains im Sitzungssaal einmütig erhoben, anschließend, um dem englischen Delegierten in Locarno ihre Achtung zu erweisen.

Die Sitzung wurde ohne lange Einleitung durch Briand für eröffnet erklärt. Zunächst wurde die offizielle Korrespondenz, die bisher in der Angelegenheit ausgetauscht worden ist, verlesen. Die griechische und die bulgarische Regierung warfen sich darin gegenseitig die Schuld an dem Grenzzwischenfall vor und beteuerten ihre Unschuld. Die Sitzung stand in der Folge ebenfalls im Zeichen der gegenseitigen Beschuldigungen. Der Völkerbundsrat beschloß zunächst auf Vorschlag des spanischen Delegierten Quinones de León, an Briand ein Dankschreiben für dessen rasche Initiative in der Angelegenheit zu

Nach der Berliner Wahlschlacht.

Der Kagenjammer des Bürgerblocks.

Die Verkünder der Rechtsblätter nach dem Kampf um die Berliner Stadtverordnetenversammlung muß eigentlich jedem ungetrübte Heiterkeit bereiten. Die größten Schreier, die den Mund gar nicht voll genug nehmen konnten, sind sehr, sehr kleinlaut geworden. In ihrer Verzweiflung bequemt sich z. B. die „D. A. Z.“ sogar dazu, zuzugestehen, daß an der Niederlage der Volkspartei, die nicht weniger als 22 von 35 Mandaten eingeholt hat, auch die Führung der Volkspartei im Rathaus schuld sei, und sie bemerkt in diesem Zusammenhang, daß „die Mangelhaftigkeit dieser Führung viel bemerkt und oft festgestellt worden“ sei. Wir können uns nicht erinnern, in der „D. A. Z.“ oder in einem anderen volksparteilichen Blatt jemals einen solchen Hinweis gelesen zu haben, und wir glauben auch nicht, daß die „D. A. Z.“ etwa auf den „Vorwärts“ anspielen will, der immer wieder betont hat, wie verhängnisvoll die beschränkte und doktrinaire Haltung der beiden Hauptsprecher der Volkspartei im Rathaus in den letzten vier Jahren gewesen ist. Die „Männer mit dem weiten Blick“ und mit dem hohen, gutgebügeltten Stehragen, voller Arroganz, Juristendünkel und Hochmütigkeit haben das A und O ihrer Politik darin gesehen, gegen die Sozialdemokratie eine kompakte Majoritätsbildung zustande zu bringen. Gerade die beiden volksparteilichen Führer haben immer wieder in Wort und Schrift auf die Notwendigkeit des Gegenjahres zwischen Bürgertum und Arbeiterchaft hingewiesen, haben in der arroganteren Weise das Privileg verantwortlicher Politik für sich in Anspruch nehmen wollen, trotzdem sie in Wirklichkeit, nur wie weiland Don Quixotte einen lächerlichen Kampf gegen Windmühlensügel führten.

Die Volksparteiler sind nicht nur äußerlich die Besiegten des Berliner Wahlkampfes. Auf der Strecke geblieben sind nicht nur 22 Männer mit „weitem Blick“, auf der Strecke geblieben ist vielmehr die „Idee“, um deretwillen die Ritter der Volkspartei zu sechten vorgaben. Der Bürgerblock ist auch nicht an irgendwelchen Zufälligkeiten der momentanen Wahlkonstellation gescheitert. Er ist gescheitert, weil er überhaupt in Berlin eine Utopie und eine politische Sinnlosigkeit ersten Ranges ist. Berlin ist eine Arbeiterstadt und wird in seiner Stadtverordnetenversammlung insgedessen immer eine proletarische Mehrheit haben. Der Sieg des Bürgertums im Oktober 1921 ist nur aus den besonderen Verhältnissen der Inflationszeit und der damaligen ungewöhnlichen Zersplitterung der Arbeiterchaft zu erklären. Die Entwicklung, die über die Entscheidung bei den letzten Reichstagswahlen schließlich zu dem jetzigen Wahlsieg der Arbeiterchaft geführt hat, ist eine durchaus organische und naturgemäße gewesen. Wer so gerne sich seines „weiten Blickes“ rühmt, täte gut, nach seiner vernichtenden Niederlage endlich die Wurzeln dieser Niederlage zu begreifen, über sie nachzudenken und die entsprechenden Schlüsse daraus zu ziehen.

Die Wahl vom Sonntag hat die Sozialdemokratie wieder nach allen Irrungen und Wirrungen der letzten Jahre nicht nur zur weitest-stärksten Fraktion gemacht, sondern ihr auch die entscheidende Position im Berliner Rathaus eingeräumt. Die Sozialdemokratie hat in den letzten Jahren bewiesen, daß sie die Verantwortung für die Entwicklung der Berliner Gemeinde übernehmen will. Sie hat diesen Willen unter den schwierigsten und ungünstigsten Verhältnissen schließlich mit steigendem Erfolg in die Tat umgesetzt. Es ist unausbleiblich, daß sie gerade nach dem Wahlergebnis des Sonntags nun erst recht ihren Willen zu verantwortlicher Gestaltung der Berliner Kommunalverhältnisse befestigt. Das nicht sehr geistvolle Rätselraten der Bürgerblockpresse über die künftige Entwicklung und die kommenden Parteibeziehungen im roten Hause zeigt immer wieder die erstaunliche Beschränktheit weiler Kreise des Bürgertums. Selbstverständlich wird die Sozialdemokratie in der neuen Stadtverordnetenversammlung mit allen Parteien zusammenarbeiten, die bereit sind, Berlins Entwicklung zu fördern. Selbstverständlich wird irgendeine Entscheidung ohne die Sozialdemokratie nicht möglich sein. Bei ihr liegt der Schlüssel für die künftige Entwicklung. Jeder, der auf diese Entwicklung Einfluß zu gewinnen wünscht, wird mit der Sozialdemokratie rechnen und ihrer Auffassung in entscheidenden Punkten sich anschließen müssen.

Dabei wird niemand mehr verkennen können, daß dem Willen der Wählerschaft in mehr wie einer Beziehung Rechnung getragen werden muß. Die Sprache der Wahlziffern zeigt deutlich den Protest der Volksmassen gegen die reaktionäre

Wirtschaftspolitik der Rechtsregierung, gegen die ungebührliche Steuerbelastung und nicht zum wenigsten gegen die gewaltsame, wirtschaftlich unverantwortliche und kurzfristige Niederrichtung des Lebensniveaus der Arbeiterschaft. Nichts hat so sehr verbitternd gewirkt, wie das wochenlange Feilschen um Pfennige bei den Lohnbewegungen der Arbeiterschaft, die mit Ingrimmschreien mußte, daß ein, dank der kommunistischen Taktik sozialistenreiner gewordener Magistrat durchaus am Strange der Privatunternehmer zog. Die wirtschaftsreaktionäre Haltung der bürgerlichen Parteien hat eben so sehr aufreizend gewirkt wie das trottelhafte Bramarbasieren abgetakelter Generale. Allzu scharf macht scharf. Das Scharfmachertum findet seine natürliche Reaktion und auch in dieser Beziehung ist die Sprache der Wahlen mehr wie deutlich. Die Sozialdemokratie wird und muß die Chance, die ihr durch die Wahlen gegeben ist, mit aller Kraft ausnutzen. Auch die bürgerlichen Parteien sollten sich überlegen, ob sie nicht einen guten Teil ihrer Niederlage ihrer eigenen Haltung in diesen Fragen zuzuschreiben haben und ob sie nicht besser tun, auch hieraus eine Lehre für die Zukunft zu ziehen.

Die Kommunisten haben vor der Wahl unter deutlichem Bruch mit ihrer bisherigen Taktik versichert, daß sie sich besetzen werden, daß sie bereit sein wollen, sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen und von da aus „praktische Arbeiterpolitik“ zu treiben. Die Sozialdemokratie hat nicht die geringste Veranlassung, ihnen dazu nicht sofort heute und morgen jede Möglichkeit zu geben und zu hoffen, daß die Kommunisten von solcher Möglichkeit den denkbar besten Gebrauch machen. Nichts würde mehr im Interesse der Arbeiterschaft und auch Berlins liegen, als ein wirklicher Wandel der kommunistischen Taktik, wenn er von Dauer und Stetigkeit wäre. Unsere Zweifel in solchem Wandel zu beheben, wird Sache der Kommunisten selber sein. Es hat wenig Sinn, jetzt zu prophezeien, oder zu sagen, was wir befürchten. Die Sozialdemokratie weiß, was sie will und sie wird sich von niemandem von ihrem Wege abdrängen lassen.

Die neue Stadtverordnetenfraktion.

Auf Grund des bisherigen Wahlergebnisses können folgende Genossen als gewählt angesehen werden:

1. Kreis Mitte: Dr. Weigl, Siegfried Löwy, Paul Horst, Adolf Hoffmann sen.
2. Kreis Tiergarten: Karl Sublich, Hermann Claus, Alfred Poersch, Dr. Käthe Frankenthal.
3. Kreis Wedding: Fritz Bolat, Wilhelmine Weide, Max Ulrich, Walter Ried, Bruno Krause, Fritz Drews, Gustav Blaschitz.
4. Kreis Prenzlauer Berg: Theodor Fischer, Helene Schmitz, Max Kemnitz, Max Kreuziger, Wolf Döhner, Georg Maderholz, Elisabeth Jern.
5. Kreis Friedrichshagen: Michael Rasper, Agnes Fahrenwald, Christian Gutkunst, Karl Klingler, Martha Hoppe.
6. Kreis Kreuzberg: Fritz Jubeil, Hermann Schweikardt, Dr. Witte, Gustav Häufer, Dr. Richard Bohmann, Liebeth Riedger, Otto Jöppel, Heinrich Schröder.
7. Kreis Charlottenburg: Albert Horlich, Otto Schmidt, Dr. Kowerau, Johanna Kühn.
8. Kreis Spandau: Max Schulze, Fritz Kranz.
9. Kreis Wilmersdorf: Georg Opperl.
10. Kreis Zehlendorf-Steglitz-Tempelhof: Friedrich Binte, Otto Klose, Richard Draemer.
11. Kreis Schöneberg: Franz Czerninski, Georg Wendi, Fritz Flatau.
12. Kreis Neukölln: Hermann Harnisch, Franz Guttschmidt, Anna Bormann, Kurt Gärtner, August Händel, Max Fehner.
13. Kreis Treptow-Spandau: Wilhelm Reimann, Fritz Wolf, Wilhelm Strieder.
14. Kreis Lichtenberg: Fritz Thurm, Gustav Tempel, Ernst Arndt.
15. Kreis Weißensee-Pankow-Reinickendorf: Hermann Ambberg, August Schmidt, Ludwig Hobapp, Heinrich Schäfer.

Stadtliste: Hugo Heimann, Johannes Haß, Ernst Reuter, Richard Rille, Minna Todenhagen, Theodor Glöck, Robert Kobbé, Siegfried Weinberg, Georg Rogasch, Dr. Bygodzinsty. (?)

Rumänische Vermittlung in Athen angenommen.

Athen, 26. Oktober. (Meldung der Agence d'Athènes.) Der rumänische Gesandte hatte heute mit dem Ministerpräsidenten Pangalos eine Unterredung, in der er im Namen seiner Regierung und auf Ersuchen der bulgarischen Regierung die Räumung des bulgarischen Gebietes durch die griechischen Truppen anlegte, um der Gefahr neuer Zwischenfälle zu begegnen. Bei voller Anerkennung der Berechtigung des griechischen Vorgehens, das eine Folge der fortwährenden Herausforderung der Komitasschis sei, deren Urheber der Völkerbund feststellen sollte, erlaubte der Gesandte die griechische Regierung, aus Ehrerblickung für den Völkerbund die Berufung an diesen anzunehmen unter der Voraussetzung, daß das bulgarische Gebiet geräumt werde, wenn die Bulgaren den von ihnen besetzten Posten ihrerseits geräumt hätten.

Da die griechische Regierung sich jedem Versuch, den Frieden zu sichern, anzuschließen wünscht, nahm sie den rumänischen Vorschlag unter folgenden Bedingungen gemeinsam verabredeten Bedingungen an: 1. Ein griechischer und ein bulgarischer Generalstabsoffizier werden sich morgen um 4 Uhr nachmittags nach Demir Kapu begeben, um die griechischen Grenzwachposten auf ihre Posten zu führen. 2. Sodann werden die griechischen Truppen, die auf dem bulgarischen Gebiet am Awa stehen, den Rückzug antreten und so schnell wie möglich zu Ende führen. 3. Während dieses Rückzuges werden die bulgarischen Truppen ihr Gebiet nicht wieder besetzen, bis die Griechen hinter ihre Grenzlinie zurückgegangen sind.

Fortgang der Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich? Der französische Handelsminister Chaumet hat am Montag vormittag dem Reichstag der deutschen Handelsvertragsdelegation, Staatssekretär Trendelenburg, die französischen Gegenvorschläge auf die letzten deutschen Angebote und Forderungen überreichen lassen. Beide Schriftstücke sollen als Grundlage für die in Aussicht genommenen mündlichen Verhandlungen zwischen der französischen und deutschen Delegation dienen.

richten. Dann kam eine Note der bulgarischen Regierung zur Verlesung, in der der Tatbestand geschildert und festgestellt wird, daß die Angelegenheit jetzt der Entscheidung des Völkerbunds untersteht. In Anbetracht der Unschuldsbetreibungen der beiden Regierungen werden der bulgarische und der griechische Delegierte aufgefordert, sich zu äußern und insbesondere zu sagen, in welchem Maße die beiden Regierungen der Aufforderung Briands, die Feindseligkeiten einzustellen und die Truppen hinter die Grenze zurückzuziehen, Folge geleistet haben. Die Erreichung dieses Zieles wird als dringend bezeichnet, während die Festlegung des Tatbestandes einstweilen aufgeschoben werden könne.

Der bulgarische Delegierte Marow dankte zunächst dem Völkerbund dafür, daß er sich des Konflikts angenommen habe und wiederholte dann im großen und ganzen den Inhalt der bulgarischen Note an den Völkerbund über den Konflikt. Auch der griechische Delegierte ging in seiner Erwiderung kaum über den Rahmen der offiziellen Korrespondenz hinaus. Der Völkerbundsrat beschloß dann, eine halbstündige Geheim Sitzung abzuhalten, worauf die Journalisten den Saal verließen.

Die Entscheidung des Völkerbunds.

Paris, 26. Oktober. (W.F.B.) In der Entscheidung des Völkerbunds über den griechisch-bulgarischen Grenzzwischenfall werden die Vertreter der beiden Regierungen aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, daß die militärischen Operationen eingestellt werden und die Truppen sich hinter die Grenze zurückziehen. Die Vertreter beider Regierungen haben binnen 24 Stunden mitzuteilen, daß die bulgarische und griechische Regierung Befehl gegeben haben, daß ihre Truppen sich bedingungslos hinter die Grenze zurückziehen, daß dieser Befehl binnen 60 Stunden durchgeführt wird und sämtliche Feindseligkeiten eingestellt sind. Der bulgarische Vertreter nahm diesen Vorschlag bedingungslos an, der griechische erklärte: er fühle sich verpflichtet, seiner Regierung Bericht zu erstatten, die, wie er hinzufügte, sich sicher nach dieser Entscheidung richten werde.

Gewerkschaftsbewegung

Die Gewerkschaften und das Rote Haus.

Der Vorstand des Berliner Ortsausschusses des ADGB hat nicht von ungefähr die Berliner Arbeiterschaft aufgefordert, zum 25. Oktober zu rufen und der Sozialdemokratie ihre Stimme zu geben. (Übrigens haben auch Vorstände kommunistischer Ortsverbände dasselbe für ihre Partei getan, obwohl sich die „Rote Fahne“ vorher über diese „Verletzung der politischen Neutralität“ künstlich aufgeregt hatte.) Die Berliner Gewerkschaften wissen ein Lied zu singen von der großen Bedeutung Berlins als Unternehmern und Vergeber von Arbeiten.

Es interessiert keineswegs nur die in den städtischen Betrieben oder direkt bei der Stadt beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten, wie die Arbeitsverhältnisse sind. Diese Arbeitsverhältnisse haben eine Rückwirkung auch auf die Privatbetriebe.

Öffentliche Betriebe sollen Musterbetriebe sein, nicht allein in technischer Beziehung, sondern auch in sozialpolitischer Hinsicht. Öffentliche Betriebe sollen Höchstleistungen vollbringen, nicht allein in produktiver Beziehung, sondern auch in der Bezahlung ihrer Arbeiterschaft und in den sonstigen Arbeitsbedingungen.

Eine Stadt wie Berlin, die nicht allein die Reichshauptstadt ist, nicht nur eine Stadt des Luxus, eine „Weltstadt“, die noch mehr und vor allem eine große Industriestadt, die die größte Industriestadt Deutschlands ist, hat besondere Aufgaben und Pflichten gegenüber der Arbeiterschaft.

Eine Stadt von mehr als vier Millionen Einwohnern, die größte Stadt des europäischen Festlandes, hat insbesondere nach dem erzwungenen Stillstand während des Krieges und der Inflation riesige Aufgaben zu bewältigen, die sich praktisch auswirken in Riesenarbeiten, um die öffentlichen Verkehrswege und Verkehrsnetze wieder auf die Höhe zu bringen, um die städtischen Werte den gesteigerten Bedürfnissen anzupassen. Hier ist die Stadt entweder Unternehmer, wenn sie die Bauten in eigener Regie ausführt, oder Auftraggeber, wenn sie sie von Dritten ausführen läßt. In allen diesen Fällen wird der Geist, der in der Stadtverordnetenversammlung und im Magistrat herrscht, auf die Arbeitsbedingungen, auf etwaige Arbeitskonflikte nicht unwesentlich einwirken.

Dieser Geist engherzigen Bürokratismus und kurzfristiger Unternehmerinteressen, der in den letzten Jahren in der Stadtverordnetenversammlung vorherrschte und dann — vergessen wir es nicht! — mit Hilfe der Kommunisten im Magistrat ausschlaggebend wurde, dieser arbeiterfeindliche Geist hat am Sonntag eine Niederlage erlitten. Ein rechtsstehendes Blatt muß bereits die kommende „rote Herrschaft“ an die Wand, indem es von „schränkenlosen Lohnerhöhungen“ und „rückwärtsgehenden Streiküberfällen“ sprach. Nichts widerlegt schlagender diese Märchen als der Konflikt in den Gas- und Wasserwerken, den die Belegschaft immer wieder auf friedlichem Wege beizulegen versuchte, allen Ablehnungen und Verschleppungen zum Trotz, nur um die Bevölkerung vor einer Katastrophe zu bewahren. Wir hätten gewünscht, daß Stadtverordnetenversammlung, Magistrat und Direktionen immer vom gleichen Geist besetzt gewesen wären.

Gewiß ging es während der ersten Jahre, die dem Krieg folgten, manchmal bunt her in den Gemeindebetrieben. Aber diese unermesslichen Rückwirkungen des „Stahlbades“ sind übermunden. Wenn die Arbeiterschaft sich ihrer Pflichten durchaus bewußt ist, so ist sie auch berechtigt, zu verlangen, daß Berlin im sozialen Geiste verwaltet wird.

Ob das möglich sein wird, das wird allerdings wesentlich von der Haltung der Kommunisten abhängen. Die Arbeiterschaft weiß, daß einer Gemeinde rechtliche und finanzielle Grenzen gezogen sind, die man nicht durch demagogische Anträge aufhebt. Aber innerhalb dieser Grenzen — das ist es, was die Gewerkschaften von der neuen Mehrheit erwarten — muß eine Politik des sozialen Fortschritts getrieben werden.

ASA-Bundesausschuss und Arbeitsgerichtsgesetz.

Der am gestrigen Montag im Industriebeamtenhaus tagende ASA-Bundesausschuss, befehlt von den Vertretern aller freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen, beschäftigte sich nach der Entgegennahme des Geschäftsberichts und nach der Verabschiedung einer Geschäftsordnung des Bundesvorstandes zunächst mit dem Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes. Nach einem Referat des Vizepräsidenten des ASA, Dr. Pfirrmann über den Entwurf und einer anschließenden ausführlichen Diskussion wurde die folgende Resolution angenommen:

„Das von der Reichsverfassung versprochene und von den freien Gewerkschaften geforderte einheitliche Arbeitsrecht verlangt auch eine einheitliche Arbeitsgerichtsbarkeit als Teil einer allgemeinen Arbeitsbehörde auf der Grundlage der Selbstverwaltung und der maßgebenden Mitwirkung der Arbeitnehmer. Der gegenwärtige Zustand der Arbeitsgerichtsbarkeit ist unerträglich geworden. Die Zersplitterung in Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, Innungsgerichte, Arbeitsrechtliche Kammern der Schlichtungsausschüsse, Berggewerbegerichte und Ordentliche Gerichte muß unter allen Umständen durch eine einheitliche, dem Wesen des Arbeitsrechts entsprechende Arbeitsgerichtsbarkeit ersetzt werden. Der vorläufige Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes weist

noch eine Reihe von grundlegenden Mängeln auf, ohne deren Beseitigung er den freien Gewerkschaften nicht annehmbar erscheint.

Die ASA-Bundesausschuss beauftragt deshalb die Vertreter des ASA-Bundes im vorläufigen Reichswirtschaftsrat und im Reichstag, für die Durchsetzung folgender Mindestforderungen einzutreten

1. Bündellose Ausdehnung der Arbeitsgerichtsbarkeit auf alle

mit dem Arbeitsverhältnis in Verbindung stehende Streitigkeiten, insbesondere aus dem Erlindervertrag und in der Geschäftsfahrt, Einbeziehung des Arbeitsstrafrechtes auf Verletzungen von Arbeitsschutzbestimmungen.

2. Aufbau der Arbeitsgerichte als Sondergerichte, in der untersten Instanz durch Ausbau der bestehenden Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, in der zweiten Instanz durch Anlehnung an die Oberlandesgerichte, unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Gesichtspunkte.

3. Bekämpfung eines Monopols der ordentlichen Richter auf die Posten der Vorsitzenden.

4. Weitergehende Mitwirkung paritätischer Ausschüsse bei den aufsichtsführenden Landesbehörden, insbesondere bei der Bestellung der Vorsitzenden und der Handhabung der Dienstaufsicht. Mitbestimmung der Beisitzerschüsse in allen Instanzen der Arbeitsgerichtsbarkeit.

5. Erhöhung der Zahl der Laienrichter auf je zwei in erster und zweiter, je drei in der obersten Instanz.

6. Anerkennung der Gewerkschaften als der berechtigten Vertretung der Arbeitnehmer, Ablehnung von Verträgen, die Belegschaften aus parteifähig anerkennen und ihnen oder gar dem einzelnen Arbeitnehmer das Recht zur Vereinbarung des Ausschusses der ordentlichen Gerichtsbarkeit zu verleihen. Parteifähigkeit der Betriebsvertretungen in Streitigkeiten aus dem Betriebsratsgesetz. Befreiung des Rechts zur Parteivertretung auf Mitglieder und Angestellte wirtschaftlicher Vereinigungen.

7. Herabsetzung der Kosten der zweiten und dritten Instanz auf die der ersten. Zulassung der Revision bei Entlassungsstreitigkeiten aus dem Betriebsratsgesetz.

Der Konflikt in den städtischen Werken.

Die Funktionäre der Gas- und Wasserwerke haben sich gestern in einer Versammlung mit dem Beschluß der Obleute befugt, der dahingehend, den Schiedsgericht einer Urabstimmung der Belegschaft zu unterbreiten und gleichzeitig der Belegschaft die Ablehnung des Schiedsgerichts, d. h. den Streik zu empfehlen. Nach kurzer Debatte sind die Funktionäre diesem Beschluß der Obmänner vollinhaltlich beigetreten. Es findet nunmehr eine Urabstimmung statt, die bis Freitagabend beendet sein muß.

Die Funktionäre hätten sich wahrscheinlich mit dem Schiedsgericht abgefunden, wenn nicht die lange Geltungsdauer damit verbunden wäre, die um so unerträglich, als die ausgesprochene Lohnerhöhung nur eine sehr geringfügige ist.

Kein Streik im Möbeltransportgewerbe.

Am den Streik im Möbeltransportgewerbe zu verhindern, lud der Schlichter beide Parteien gestern zu einer nochmaligen Verhandlung. Es wurde schließlich vereinbart, daß der Schlichter einen für beide Parteien verbindlichen Schiedspruch fällen soll.

Der Schiedspruch erging dahin, daß der zuerst gefällte Schiedspruch, der die Löhne von 48,50 M. auf 53 M. die Woche erhöhte und den die Unternehmer abgelehnt hatten, nunmehr verbindlich in Kraft tritt. Damit ist der Streik, den die Arbeiterschaft bereits beschlossen hatte, aus der Welt geschafft.

Zum Streik im Kohlenhandel.

Wie uns vom Deutschen Verkehrsband mitgeteilt wird, haben weitere fünf Firmen die Forderungen der Arbeiterschaft bewilligt, sodass die Anzahl der Firmen, bei denen die Arbeit wieder aufgenommen ist, gegenwärtig 15 beträgt. Es wird außerdem darauf hingewiesen, daß die Arbeit in der Berliner Brennstoffgesellschaft ununterbrochen weiter geht. Alle Unternehmungen, die zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe Kohlen brauchen, können sich an die Berliner Brennstoffgesellschaft wenden, die als Kohlenbetriebsfunktionär.

Der Raub der Freizügigkeit der Arbeiter.

Verstößt nicht gegen die guten Sitten.

Zwei Arbeiter klagen vor dem Gewerbegericht. Die Kläger haben das Arbeitsverhältnis selbst gelöst, um bei anderen Firmen besser bezahlte Arbeit zu erhalten, sind aber von diesen nicht eingestellt bzw. nach Antritt der Arbeit entlassen worden. Dies ist noch Behauptung der Kläger auf das Verhalten der Firma zurückzuführen, bei der sie bis dahin beschäftigt waren und die gemäß einer Vereinbarung des BBWA vom 23. März 1924 nicht die Erlaubnis erteilt, daß die Kläger bei den genannten zum BBWA gehörenden Firmen eingestellt würden. Sie machen die alte Firma für den ihnen hierdurch entstandenen Schaden verantwortlich und verlangen Zahlung des ihnen entgangenen Lohnes.

Die Klage wird abgewiesen. Aus den Gründen: „Der Einwand der Inzuffizienz des Gerichts kann nicht durchgreifen. Wenn die Beklagte von den Verbandsfirmen des BBWA verlangte, daß die bei ihr ausgeschiedenen Kläger nicht von ihnen beschäftigt würden, so ist hierin eine Zustimmung über das frühere Arbeitsverhältnis der Kläger enthalten. Das Wort Zustimmung im Sinne des § 4 Ziff. 3 BGB. ist im weiteren Sinne zu fassen und nicht, wie die Beklagte meint, lediglich ein Urteil über die Art und Dauer der Beschäftigung sowie Führung und Leistung des Arbeitnehmers. Der Schadenersatzanspruch der Kläger stützt sich darauf, daß die Beklagte von den Verbandsfirmen des BBWA verlangt hat, die Kläger nicht einzustellen bzw. nicht weiter zu beschäftigen. Wenn den Klägern hierdurch ein Schaden entstanden ist, so ist er durch die Maßnahmen der Beklagten veranlaßt worden und steht hiermit in unmittelbarem Zusammenhang.“

Es entsteht nun die Frage, ob die Beklagte durch ihr Verhalten gegen die guten Sitten im Sinne des § 226 BGB. verstoßen hat. Dies ist zu verneinen. Als Mitglied des BBWA, war die Beklagte berechtigt, auf Grund des Beschlusses vom 26. März 1924 gegen die Beschäftigung der Kläger bei anderen Verbandsfirmen Einspruch zu erheben. Durch diesen Beschluß ist es den Mitgliedsfirmen des BBWA mit Wirkung vom 27. März 1924 verboten, gewerbliche Arbeitnehmer einzustellen, die nach dem 23. März 1924 aus einem anderen dem BBWA angeschlossenen Betriebe ausgeschieden sind, es sei denn, daß die Mitgliedsfirma, bei der der betreffende Arbeitnehmer nach dem 23. März 1924 beschäftigt war, auf Rückfrage ausdrücklich ihre Zustimmung gibt.

Der Beschluß verstößt aber nicht gegen die guten Sitten, denn er stellt eine zulässige wirtschaftliche Schutzmaßnahme dar, durch die das Abwandern von Arbeitern in andere Betriebe zwecks Erlangung höherer Löhne verhindert werden soll. Da die Beklagte sich ferner bereit erklärt hat, die Kläger

zu den früheren Bedingungen weiterzubeschäftigen, so kann in ihrem Verhalten kein Verstoß gegen die guten Sitten erblickt werden. Ebenjowenig kann von einer Schikane im Sinne § 226 BGB. die Rede sein, da nicht ersichtlich ist, daß die Beklagte den Einspruch gegen die Beschäftigung der Kläger nur zu dem Zwecke erhoben hat, um ihnen Schaden zuzufügen.

Wir bemerken zunächst, daß dieses Urteil der Praxis der Rechtsprechung entspricht. Es wird den Unternehmern wie den Arbeiterorganisationen das Recht zugesprochen, durch Beschluß ihren Mitgliedern die Annahme von Arbeit bzw. die Einstellung von Arbeitern zu untersagen. Soweit es sich um Kampfmaßnahmen handelt, ist dagegen nichts einzuwenden. Wenn eine Organisation zur Erzwingung gewisser Arbeitsbedingungen ihren Mitgliedern gewisse Vorschriften macht, so ist das durchaus berechtigt, wenn es auch sicher ist, daß den Unternehmern eine solche Maßnahme in der Regel weniger empfindlich trifft als den Arbeitern.

Aber hier handelt es sich nicht um eine für eine bestimmte Zeit, bis zur Erreichung eines bestimmten Zieles vorgeschriebene Maßnahme, sondern um einen allgemeinen Beschluß von unbegrenzter Dauer, wonach praktisch ein Arbeiter nur dann seine Arbeitsstelle wechseln darf, wenn ihm sein Unternehmer dazu die Erlaubnis gibt. Ein derartiger Zwang wäre nach unserer Auffassung auch unzulässig, wenn eine Arbeiterorganisation ihren Mitgliedern ganz allgemein verbieten würde, ohne ihre Zustimmung irgendwie ihre Arbeitsstelle zu wechseln.

Ein Arbeiter kann aus ganz anderen Gründen als den eines höheren Lohnes den Wunsch haben, seine Stelle zu wechseln. Die Entfernung seiner Wohnung von seiner Arbeitsstelle, Unzuträglichkeiten mit Kollegen oder dem Meister usw. können ihn veranlassen, seine Stelle zu wechseln. Der Unternehmer kann aber den Wunsch haben, den Arbeiter zu behalten. Es würde zu unzumutbaren Zuständen führen, wenn in allen diesen oder ähnlichen Fällen dem Arbeiter das freie Verfügungsrecht genommen wäre, seine Arbeitsstelle zu wechseln. Hier ist, da die Jurisprudenz verweigert, eine Gesetzesänderung dringend notwendig.

Die Bettelpfennige für die Ruhrkämpfer.

Ueber die Bedingungen für einmalige Zuwendungen an Arbeitnehmer des besetzten Gebietes wird amtlich folgendes mitgeteilt: Zuwendungen werden an Personen gewährt, die im Jahre 1924 durch Arbeitslosigkeit entweder als Arbeiter vom 1. Januar bis zum 31. Mai einen Verdienstausfall von insgesamt 40 Arbeitstagen, oder als Angestellte vom 1. Januar bis zum 30. September einen Verdienstausfall von insgesamt 40 Arbeitstagen erlitten und hierfür Erwerbslosunterstützung bezogen haben, oder im Bergbau als Arbeiter oder Angestellte vom 1. Januar bis zum 30. April einen Verdienstausfall von insgesamt 30 Arbeitstagen erlitten und hierfür Erwerbslosunterstützung bezogen haben, oder in dieser Zeit durch Einlegung von Feiertagen einen Verdienstausfall von 30 Arbeitstagen erlitten haben. Außerdem müssen diese Personen wegen Arbeitslosigkeit vom 1. Juli bis zum 30. September 1925 Erwerbslosunterstützung bezogen haben; bei Arbeitnehmern des Bergbaues genügt eine Arbeitslosigkeit in der Zeit vom 1. August bis zum 30. September 1925, wenn sie außerdem in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Juli 1925 einen Verdienstausfall durch mindestens 30 Feiertagen erlitten haben; ferner müssen sie mindestens einen Abkömmling, einen erwerbsfähigen Elternteil oder sonstige Familienangehörige unterhalten, mit denen sie in häuslicher Gemeinschaft leben.

Die Zuwendung kann nur erhalten, wer während der für das Jahr 1924 bestimmten Fristen und wieder am 1. Oktober 1925 seinen gewöhnlichen Aufenthalt innerhalb des besetzten Gebietes einschließlich der seit dem 15. August 1924 geräumten Bezirke gehabt hat.

Der Grundbetrag der Zuwendung beträgt 80 RM. und erhöht sich für jeden Angehörigen, dem in häuslicher Gemeinschaft unterhalten geht, um 10 RM. — Die Bewilligung der Zuwendung, auf die ein Rechtsanspruch nicht besteht, erfolgt durch die Bezirksfürsorgeverbände, die allein in der Lage sind, weitere Auskünfte zu geben. Eingaben an die Zentralbehörden bringen Verzögerungen.

Ergebnislose Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau.

Essen, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag, den 26. Oktober, fanden in Essen Verhandlungen zwischen den Vertretern des Bergbaues und der Gewerkschaft über die Lohnforderungen des Bergarbeiter in Höhe von 50 Proz. statt. Trotzdem die Verteuerung der Lebenshaltungskosten seit der letzten Lohnforderung im April durch die Steigerung der Lebenshaltungskostenindex erwiesen ist, kam es infolge der ablehnenden Haltung der Unternehmer zu keiner Verständigung zwischen den Parteien. Die Gewerkschaften werden die behördliche Schlichtungsstelle anrufen, so daß die nächsten Verhandlungen beim Schlichter stattfinden werden.

Streik der Bremer Bauarbeiter.

Bremen, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Im Bremer Baugewerbe wird bei einigen größeren Baufirmen seit Sonnabend gestreikt. Die Ursache ist die Beigerung der Unternehmer, mit dem Baugewerksbund über eine Erhöhung der völlig unzulänglichen, durch Schiedspruch festgesetzten Bauarbeiterlöhne zu verhandeln. Eine am Sonntag abgehaltene Bauarbeiterversammlung beschloß, die Kampfmaßnahmen ab Mittwoch zu verstärken, falls sich die Unternehmer nicht zu Verhandlungen bereit erklären sollten.

Der Streik in der Lichtberger Wollfabrik A.-G. ist zur Zufriedenheit der Arbeiter beendet worden. Die Arbeit wurde am Sonnabend in vollem Umfang wieder aufgenommen.

Ordnung des ADGB. Kellern. Mittwochabend 7½ Uhr bei Rehm, Rehmendorfer Straße, Veranstaltung des Ortsausschusses Kellern und Umgebung. Verbandsbuch ist mitzubringen.

Deutscher Verkehrsverband. Beleg 10. In Nummer 8 unserer Monatschrift „Der Wertnehmer“ erfolgte eine Bekanntmachung über den Rufus in der Provinz betr. Eisenbahnarbeit, der am 26. November beginnen soll. Diese Rufus ist unrichtig. Der Rufus beginnt am Donnerstag, den 29. Oktober. Geschäftliche Berlin.

Berichterstatter für Politik: Graf Krüger; Wirtschaft: Arns Cateranus; Gewerkschaftswesen: A. Liebs; Kultur: Reulleton; A. A. Richter; Soziales und Konflikte: Aris Korhädt; Einzelne: H. Glöde; sämtlich in Berlin. Verlag: Buchverlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Betriebs-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin G99. 68. Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Ab 1. Oktober 1925 verkaufen wir zu unseren Engrospreisen Herren- und Damenstoffe auch an Privatkundschaft Tuchhaus Ehrig & Tiedke Akt.-Ges., Leipziger Straße 104, I. Stock (kein Laden) Geschäftszeit 9-7 Uhr. — Auf Wunsch Zahlungsvereinerung.

MAGGI® Tabletten
in allen Apotheken u.
Drogerien III. L.
für Sänger, Sportsleute, Raucher



Für die Herstellung guter Suppen gibt es viele Rezepte. Und doch verursacht ihre Auswahl häufig Kopfschmerzen, weil ihre Zubereitung meist mühevoll und zeitraubend ist. Die erfahrene Hausfrau weiß sich aber zu helfen: Aus MAGGI® Suppenwürfeln bereitet sie ohne langes Zurichten, nur durch Kochen mit Wasser, feine Suppen in reicher Abwechslung. MAGGI® Suppen (1 Würfel für 2 Teller 13 Pfg.) sind überall erhältlich.



Das Gewerbe der Kuppler und Kupplerinnen ist so alt, wie die Prostitution selber. Demehr sich der Mensch von der Natur entfernte, jemehr die Religionen sein Denken und Fühlen in eine starre, lebensabgewandte Schablone preßten — um so häßlicher und unsauberer wurde die Prostitution. War das schon so im Mittelalter, wo die Obrigkeit die „Frauenhäuser“ kontrollierte, den Prostituierten „Zunftsordnungen“ gab, sie unter Stockmeister und Gaukler stellte und ihnen „Gefälle“, d. h. Steuern abnahm, so mußten diese Zustände zu einer Misere ohnegleichen werden, mit dem riesenhaften Anwachsen der Städte und ihrer Einwohnerzahl. Und vollends grauenvoll wurden sie nach dem großen Völkermorden, das die Frauen vereinsamte, ihnen mit dem Mann Brot und Verdienst nahm und das in seinen Folgewirkungen die allgemeine Moral tief unter das Niveau drückte. . . . Und mit dieser für die Volksseele so verderblichen Steigerung der Prostitution kam eine schreckenenerregende Erhöhung der Krankheitsziffern.

Verfehlte Maßnahmen.

Man kann nicht sagen, daß die Gesetzgeber und Obergkeiten unserer Zeit auch nur ernsthaft nachgedacht hätten über die Maßnahmen, die zu ergreifen wären, gegenüber dieser immer wachsenden Gefahr. Die von der Sozialdemokratie so dringend befürworteten Vorschläge, die eine allgemeine Anzeige- und Heilungspflicht für die Geschlechtskrankheiten verlangten, wurden abgelehnt. Nach wie vor kann der Verleihte seine Mitmenschen und sich selber schädigen, wie es ihm behagt. Die bürgerliche Gesellschaft in sozialer Hinsicht kurzschichtig, wie stets, glaubte mit den vorhandenen Mitteln die Besessenen auch ohne allgemeine Aktion schützen zu können. Für die nicht besessenen Klassen wurden öffentliche Beratungsstellen und Ambulatorien errichtet, die doch niemals imstande sind, das Uebel von Grund aus zu erlassen. Gehah denn nun wenigstens das Nötigste, um die Prostituierten, die Träger und Verbreiterinnen der Geschlechtskrankheiten, hinreichend zu überwachen? — Ganz im Gegenteil! Was behördlicherseits geschieht, und nach den heutigen Bestimmungen geschehen kann, wird der penerischen Anstechung nur geringen Abbruch tun. Was hilft es, die fünf- oder sechshundert in Berlin registrierten Frauen zu unteruchen und ihnen die „Sitte“ auf den Hals zu heften, d. h. sie an der Frequenz bestimmter Straßenzüge zu hindern, ihnen das Zusammengehen und -stehen, das Sprechen miteinander auf der Straße zu verbieten etc. — wenn mehr als dreihunderttausend (die Zahl entspricht einer Schätzung, kann aber sein und ist wahrscheinlich viel höher!) Mädchen und Frauen heimliche Prostitution treiben, von denen weitaus die meisten jeder ärztlichen Kontrolle entbehren!

Halb- und Ganzprostitution.

Hierbei ist zu unterscheiden zwischen einer Halb- und Ganzprostitution. Was die letzte anbelangt, so gibt es außer den Reglementierten eine überwiegende Zahl von Frauen, die es verstehen, sich der behördlichen Ueberwachung längere oder kürzere Zeit zu entziehen. Diese bevölkern die Cafés und Konditoreien, ebenso die öffentlichen Vergnügungs- und Tanzlokale. Manche von ihnen besuchen nur Theater, Varietés und Kinos; während wieder andere buchstäblich der „Venus vulgivaga“ (der umherstreichenden Liebe) huldigen. Und diese sogenannten „Reisebienen“ sind die gefährlichsten. Diese Reisebienen sind zu 90 Prozent und mehr krank. Solche Reisebienen gibt es in großer Zahl, sie sind natürlich über das ganze Land verbreitet und ihre tatsächliche Menge ist schwer abzuschätzen. Sie halten sich selten länger in einer Stadt auf, als bis sie sich melden müssen. Jemand eine Wirtin findet sich immer, die sie kurze Zeit beherbergt und sich dafür doppelt bezahlen läßt. Oft haben sie gar keine Wohnung; begleiten entweder des Nachts ihren Kavaller ins Hotel oder nächtigen bei einer anderen Prostituierten. So sind sie, auch beim Anknüpfen von Bekanntschaften auf der Straße oder sonstwo, äußerst vorsichtig, nur schwer zu fassen. Weilen sie eine zeitlang in den großen Städten, so wechseln sie hier dauernd ihr Quartier. Und sie reisen aus verschiedenen Gründen. Einmal scheinen manche von ihnen an denselben Wanderbetrieb zu leiden, der die „Runden“, ehemalige Handwerksburschen und Bogenbunden, so ruhelos durch die Lande treibt; dann haben sie herausgefunden, daß auf Märkten, Messen, Ausstellungen usw. ein besseres Geschäft zu machen ist; in der Hauptsache aber wissen sie, daß sie krank sind und wollen nicht ins Krankenhaus, wo eine langwierige, anstrengende und zeitraubende Kur ihrer harzt. Lieber verärrten sie so und so viele Männer, die dann ihrerseits das Gift weiter, in die Familie und sonstwohin tragen.

Von den Prostituierten selbst und auch wohl im urteillosen Publikum wird viel über die Sittenlosigkeit geklagt und spekuliert. Und es sind gewiß auch nicht die geringsten Seelen, die geneigt sind, auf dies trostlos-tiefbeflagene Menschenweid Jagd zu machen. So lange wir aber in dieser wilden, vom Odhien Rammon gepfeiften Welt leben, so lange die kapitalistisch eingestellte Gemeinschaft die Prostitution unvermeidlich macht, so lange ist die „Sitte“ und die Sittenkontrolle eine starke Notwendigkeit. Und die Männer, die sie ausüben, verdienen — wenn anders sie sich im Rahmen ihrer Befugnisse halten und mißlose Härten vermeiden — statt Schmähung Dant und Anerkennung. Hans Hyan.

Er muß betrügen.

Der Mann mit der fixen Idee.

Zu Gefängnisstrafe mußte der Kaufmann B. auf der Anklagebank Platz nehmen. Seine blaße Gesichtsfarbe, das unruhige nervöse Benehmen verrieten einen Menschen, den innere Krankheit und lange Haft an den Rand des Abgrundes gebracht hatten. Noch nicht allzu lange liegt eine dreijährige Gefängnisstrafe hinter ihm, zuletzt verübt er wieder eine und mußte sich jetzt erneut vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen fortgesetzten Rückfallbetruges verantworten.

Sein Vater war Hauptlehrer. Weder die nie verlassende Hilfe der Mutter, noch die vielleicht etwas zu strenge Erziehung seines Vaters vermochten den Jungen auf den rechten Weg zu bringen. Erste Krankheiten in der frühesten Jugend haben seine freie Willensbestimmung sehr beeinträchtigt. Hemmungen gegen die Lockungen des Lebens kannte er nicht, und als die erste Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe bei ihm ausgesprochen wurde, er sich nicht mehr zurückzuziehen, sah er in sich selbst nur noch ein Opfer seiner künftigen Not. Erfolgtens Beurteilungen aus der Strafkast wegen seiner schwächlichen Gesundheit, wies B. alle Wege, die man ihm zu ehrlicher Arbeit ebener wollte, von sich. Ständig glaubte der Angeklagte ausgenutzt und auf eine Stelle gedrängt zu werden, die er nie und nimmer bei seinem leidenden Zustand ausfüllen könne. Und so wandte er sich in der kurzen Zeit seiner Freiheit stets neuen Betrügereien zu, wunderte sich, wenn er wieder eingekerkert wurde und machte jetzt nun den Staat dafür verantwortlich, der ihn nur ganz allein durch seine Rechtsmaßnahmen auf diesen Weg gebracht hätte. Bei seiner letzten Entlassung aus dem Gefängnis, die auch wieder der Krankheit wegen erfolgte, hat er sich die Adressen von Fachzeitschriften besorgt und verschiedene Mediziner und Juristen um die fälligen Bezugsgelder betrogen, in Gesamthöhe von ungefähr 400 Mark. Der Sachverhalt, der B. im Irrenhaus genau beobachtet hat, hält ihn nicht für geisteskrank im Sinne des § 51, muß aber in dem Angeklagten einen geistig minderwertigen Menschen sehen, der jede Beherrschung über sich selbst verloren habe. Mit Vernunft sei bei B. nichts mehr zu erreichen. Daß er in jeder angebotenen Arbeit immer nur eine unrechtmäßige Ausnutzung seiner Person sehe, sei bei ihm schon zur fixen Idee geworden. Der Staatsanwalt beantragte eine Zuchthausstrafe von einem Jahre. Zum letzten Wort verurteilt, hielt B. mit oft von Tränen erstickter Stimme eine schwungvolle Verteidigungsrede. Er schloß mit den Worten: „Wollen Verbrechen sind größer, die meinigen, die ich immer nur aus Not begebe, aber die des Staates, der mich immer wieder einsperrt!“ — Das Gericht trug der Minderwertigkeit des Angeklagten Rechnung, berücksichtigte auch eine gewisse Notlage und ließ noch einmal

Die Passion.

Roman von Clara Diebig.

Der Gutsherr von Klein-Bukowij, Hermann Berndorff, ging mit großen Schritten in dem saalartigen Zimmer zu ebener Erde auf und ab. Seine langen Schafstiefel, die er sich eben angezogen hatte, um draußen durch die aufgeweichten Aeder zu trappen, knarrien; die Ledenhoppe, die er morgens immer trug, hatte er aufgerissen, seine breite Brust leuchtete, als wäre ihr das Atmen gehemmt. Die ganze mächtige Gestalt zitterte vor Erregung. „Schon wieder Kerger mit dem Bengel! Lieber hundert Gänse aufziehen, als einen einzigen Sohn. Verfluchte Zucht!“ Er schlug mit der Faust heftig auf den runden Tisch, hinter dem die Dame saß, einen Brief in der Hand, und sich die Tränen wischte, die sie nicht zu unterdrücken vermochte. „Aber Hermann, ich bitte dich!“ Ihre klagende Stimme hatte einen kleinen gereizten Unterton: „Du nimmst wirklich wenig Rücksicht. Mein Gott, wie hast du mich erschreckt!“ „Wer nimmt denn Rücksicht auf mich? Dein Sohn am allerwenigsten. Er weiß doch, daß unsere Verhältnisse nicht glänzend sind, daß er zusehen muß, mir bald von der Tasche zu kommen. Aber er —?! Ein Windhund. Ist es nicht unerbört, daß er nun nochmal vom Abiturium zurückgestellt werden soll?! Sieht zwei Jahre in Prima, ein langer ausgewachsener Kerl — zwanzig Jahre, sage und schreibe zwanzig Jahre — ist so blau ums Kinn, wie der Edle von Mieleczynski auf Mieleczyn, und kann noch nicht das bißchen Examen machen!“ „Das bißchen Examen?“ wiederholte sie. „Was du dir denkst! Das Abiturientenexamen ist das schwierigste Examen von all denen, die er im späteren Leben noch zu machen hat.“ „Ach was, Blödsinn!“ Der unwirkliche Ton des Mannes wurde noch unwirklicher, eine jähe Rornwelle stieg ihm rot in die Stirn, er ballte die Fäuste: „Ich bin wütend, wütend. Muß man sich diesen Biß von dem verdorrenen Schulmeister, dieser Mumie von 'nem Menschen gefallen lassen!“ „Zu viel Zigaretten geraucht, dem weiblichen Geschlecht leider zu viel Beachtung geschenkt!“ — lies doch mal vor, was der Esel von Direktor darüber schreibt!“ „Ach nein,“ sagte sie und steckte den Brief in die Tasche.

„Was willst du dich nochmals darüber aufregen, das wissen wir ja selber, daß Mansfried ein bißchen stotzt ist. Aber von wem hat er das? Von mir nicht.“ Trotz ihres betrübten Gesichtes kam ihr ein ganz leis wehmütiges Lächeln. „Bist du nicht auch einmal stotz gewesen?“ „Das ist keine Entschuldigung. Aber du hast den Bengel ja eben immer entschuldigt, ihn verzogen in einer Weise — „mein lieber Sohn, mein Söhnchen“ — na, da haben wir's ja nun!“ Der Zorn stammte wieder hell auf. „Ich sage dir, wenn der Junge nicht bald macht, daß er von der Schule runter kommt, ich haue ihm alle Knochen kaputt. Hier soll er sich dann nicht mehr sehen lassen, ich schmeiße ihn raus. Und das werde ich ihm auch sagen — jetzt gleich — ich fahre hin.“ „Ach nein, lieber nicht!“ Sie sprang auf und hing sich an ihn; ihre zarte Gestalt war wie eine spärliche Ranke, die sich vergebens um einen mächtigen Stamm zu ranken versucht. „Jahre jetzt nicht, Hermann, ein andermal — später! Die weite Fahrt — du bist jetzt auch viel zu aufgeregt. Du kennst doch Mansfried, er läßt sich nichts sagen, es gibt eine Szene — wozu?“ „Ich fahre. Ich erstickte!“ Er ächzte. „Mich rührt der Schlag, wenn ich dem Himmel jetzt nicht gleich eins auswische. Der alte Willowski ist auch so ein Schlaplied, der sich ihm nichts zu sagen getraut. Konnte der nicht besser aufpassen? Er hat ihm doch früher das Abo beigebracht, warum denn jetzt nichts? Mühte der uns nicht wenigstens schreiben: Der Mansfried faulenz! Na, aber ich werde dem auch einheizen. Keinen Pfennig bezahle ich mehr für die Pension bei ihm, ich bringe den Bengel wo anders unter.“ „Aber nicht so billig,“ mahnte sie. „Willowski ist sehr bescheiden in seinen Ansprüchen. Und es wird so gut da für Mansfried geforgt. Ach Hermann, Hermännchen!“ Sie versuchte ihn nochmals zu bitten, sie streichelte dabei mit ihren beiden dünnen Händen nervös an seinem Doppelnärmel herauf und herunter: „Laf das Fraßren in der ersten Wut. Tu's mir zuliebe! Ich ängstige mich.“ „Unsinn, Blödsinn, ängstigen — warum?“ Er ging in die nebenanliegende Stube und kam sogleich mit Mantel, Mütze und Peitsche zurück. „Ich werde dann auch mal zum Doktor mit herangehen, ihn fragen, warum ich immer gleich so verdammt kurzatmig bin.“ Er stampfte auf. „Ich habe eben auch nichts wie Kerger, lauter Kerger. Es wird einem ganz schwindlich von all dem Kerger. Lege dich heute abend nur schon zu Bett, ich komme erst spät.“ Und damit ging er.

Sie sah es ein, sie konnte ihn nicht zurückhalten. Daß er doch gleich so aufgeregt war! Das nahm immer mehr zu mit den Jahren. Und seit es so schwierig geworden war in der Landwirtschaft. Er war ja herzengut, aber wenn ihm der Zorn zu Kopf stieg, zum Fürchten. Sie seufzte tief und hob beide Hände wie abwehrend. Daß er nur nicht mit dem Sohn zusammengeriet! Der war doch kein dummes Junge mehr, der sich alles gefassten ließ. Es war freilich sehr schade, daß Mansfried nun wieder noch später als Student ins Leben hinauskam. Aber es konnte sich ja nur um ein halbes Jahr handeln. Jetzt ging es auf Ostern, wenn er diesmal nicht zum Abiturium zugelassen wurde, machte er es zu Michaeli. Dann war es ohnehin für Berlin die bessere Zeit; der Sommer war nicht angenehm in der heißen Stadt. Und damit tröstete sie sich. Sie las auch noch einmal den Brief, den der Junge, der alle Tage die Post von der Posthilfsstelle im Krug holen ging, heute morgen mitgebracht hatte. Der Brief, den der Direktor des Gymnasiums aus der Kreisstadt schrieb, war sehr höflich gehalten, sehr schonfam, man merkte es ihm an, daß es dem Schreiber höchst peinlich war, den Eltern — angesehenen Besitzern der Umgebung — Unangenehmes eröffnen zu müssen. Aber wenn man dem jungen Mann wohlwollte, hielt man es für seine Pflicht, sich ihm leider genötigt, mußte sich nach längerer Ueberlegung zu der Erkenntnis durchringen, daß trotz aller unweiselhaften Begabung die Reife, die zu dieser wichtigen Prüfung unerlässlich, auch dieses Mal noch nicht vorhanden, oder vielleicht zurzeit abhanden gekommen war. Und nun kam der Stich mit den Zigaretten und dem weiblichen Geschlecht. Was hatte denn Mansfried getan, was war denn weiter Schlimmes dabei? Die Mutter hob die Blicke von dem Brief und ließ sie verloren durch die bunten Scheiben der Glasür hinaus in den Garten gleiten, der noch ganz tot lag. Aber das Bunt der Türe zauberte ihn lebendig. Durch die gelbe Scheibe gesehen, lag er in warmes Sonnenlicht getaucht, und durch die grüne schimmerten alle Sträucher, alle Bäume wie in hoffnungsvoller Frühlingsentfaltung. Das lebte Matotne Berndorff. Sie hatte solch bunte Türe einst bei Gutsnachbarn gesehen, und da sie tränkerte und bei den langen rauhen Wintern oft wochenlang das Zimmer nicht verlassen durfte, verschönte ihr ihre „Kata Morgana“, wie sie die Glasür nannte, das eintönige Grau der Umgebung. Besonders als Mansfried nicht mehr da war. (Fortsetzung folgt.)

Um einen Augenblick.

Von Jens Lorenzen.

Landrichter Ewens schaute aufmerksam auf die Angeklagte, die ein Gerichtsdiener auf ihren Platz geleitete. Die Geschworenen setzten sich, die Unruhe im Saal wich langsam einer gespannten Regier.

Ewens suchte einen bekannten Zug im Gesicht der jungen Frau. Er fand ihn bald, sie stand in einem Sonnenstreif, er konnte jedes Spiel der Haut erkennen.

Es war wirklich die kleine Hanna Etteling, die nun als Frau Wall vor ihrem Richter stand. Ein Zweifel war nicht mehr möglich.

Ablehnen — dachte Ewens im ersten Augenblick. Unsinn — sagte er sich dann. Wie käme er darauf? Was vor zwölf Jahren, beinahe in der Kindheit gewesen war, ging keinem an. War ja auch nur erbärmlich einseitig gewesen — eine Tanzstundenbekanntschaft, die er von fern verehrt hatte, er, der Ungeschickte, Zurückhaltende. Was wußte Hanna Etteling noch von dem Primaner, der ein paar Jahre auf die Schule ihrer Heimatstadt ging, sie von fern errötend begrüßt hatte, und drei- oder viermal mit ihr einen Polka gesprungen hatte.

Ewens hatte seinen Gleichmut wiedergefunden. Fast neugierig sah er auf die Angeklagte. Wirklich, sie hatte gehalten, was sie damals als Sechzehnjährige versprochen hatte. Die Zeitungen hatten schon davon geschrieben, von der anmutigen Mörderin, — ja, Mörderin hatten sie geschrieben, obgleich der Tatbestand durchaus nicht völlig geklärt war. Man mußte nach den Akten wohl Tatsächliche oder einen Zustand krankhafter Ueberreizung annehmen, auch trotz der ausdrücklichen Erklärung der Angeklagten, die wiederholt niedergelegt hatte, sie hätte mit Vorbedacht und ohne Erregung gehandelt.

Ewens konnte sich eines leichten Grauens nicht erwehren. All seine männlich-ritterlichen Empfindungen sträubten sich dagegen, an die Folgen seines Urteils zu denken. Wie oft schien ihm die vieljährige Haft das grausamste Martyrium des geistigen Menschen, am fürchterlichsten aber für die Jugend einer Frau. Fünf, zehn Jahre würden wohl fallen. Vielleicht würden mildernde Umstände gefunden, würde etwas abgesehen. Die Mentalität des Weibes ließ sich ja am wenigsten durch ihr eigenes Gehirn messen. Was sie Ruhe und Vorbedacht nannte, war vielleicht gerade eine Sinnlosigkeit, die ihr jede Beherrschung außer der der Glieder genommen hatte. Die ganzen Umstände sprachen zu ihren Gunsten, wenn auch nicht zu ihrer Rechtfertigung.

Sie hatte gewußt, daß ihr Mann sie, Hanna Etteling, in ihrem eigenen Hause betrog, wenige Wochen nach ihrer Eheschließung und nicht mit einer allein.

Sie hatte bald gewußt, daß jener, der sie mit allen Mitteln seiner Lebensreise für sich eingenommen hatte, sie nach kürzester Frist kaum anders als eine seiner Kokotten würdigte.

Ein paar Monate hatte sie's ausgehalten, dann war sie niedergedrückt, war der Entschluß gekommen, der zugleich der Abschluß von Hanna Ettelings Jugend war. In Verzweiflung und Enttäuschung hatte sie zum Revolver gegriffen und ihn erschossen.

Den Täter erschossen. Sonderbar, — dachte Ewens plötzlich, — daß sie nicht mehr den Mut gehabt hatte, die Waffe nach gegen sich selbst zu richten. Sie wußte doch, was ihr bevorstand.

Das Verhör hatte begonnen. Hanna Etteling stand aufrecht am Holzgitter und erzählte mit klaren Worten. So unumwunden wie damals, als sie das erstmal nach der Tat verhört wurde. Kollege Marx hatte davon erzählt.

Der Sonnenschein spielte in den Saal, die Staubbröden drehten sich langsam wie ewige Gewinde von den Fenstern zu Boden.

Ewens spielte mit dem Bleistift, er gab sich den Anschein überlegener Ruhe. Und doch fühlte er sich verführt durch die Worte der Angeklagten. Seltsam, dachte er, hättest du sie durch einen Zufall später einmal wiedergesehen, wer weiß, ob nicht euer beider Leben eine andere Richtung genommen hätte. Er lächelte fast, mußte wieder an seine beinahe närrische Schülerleidenschaft denken und fühlte sich in ihr befangen. Die Erinnerung an die erste, noch fast knabenhafte Reizung weckte eine zweifelhafte Nüchternheit.

Die gemeinsamen Stunden von einst wurden lebhafter, er erinnerte Hannas schnelle und rasche Bewegungen, die er damals auf einem Schülerausflug im Sommer bewundert und geliebt hatte. Und er mußte sich plötzlich vorstellen, daß er nach dieser Verhandlung, die über das Leben der Frau entschied, selbst frei einhergehen würde, am Abend vielleicht zum Stat, morgen zum Theater. Und daß diese stärkste Verzögerung weiblichen Lebens, die er je gesehen hatte, in ihre Felle zurückkehren würde, ohne Freiheit, ohne Bewegung, die ihr Ureigensens war. Auf fünf, zehn Jahre, — immer auf eine Spanne Zeit, die sie töten würde.

Der Gedanke schlug ihn körperlich, selten war ihm die Empfindung des gebundenen Willens so abgründig erschienen.

Die Sonne fiel über Tisch und Aktenbündel, über die grauen Köpfe der Geschworenen und über Hanna Etteling. Und einen Augenblick sah er, wie sie mitten im Wort aufschwatzte und in die Sonne schaute.

Ein Mitleid mit ihrer Bewegung durchzuckte Ewens. Sein Blick blieb auf ihrem Antlitz, in dem sich jetzt, während sie lebhafter sprach, all ihre Leidenschaflichkeit ausdrückte.

Ewens Mienen wurden strenger, er zürnte über seine kindliche Empfindsamkeit, wollte nur Richter bleiben. Und doch blieb eine Bitterkeit gegen das Unabwendbare, daß diese Frau, an deren Schönheit die Welt Freude hätte haben sollen, die die Freude kaum erst gegeben hatte, nun in der Zelle sterben mußte. Eine unfaßliche Verschwendung gegen die Schöpfung dünkte es ihn, eine Unnatur. Wozu man sie rasch zerstören, wenn sie nicht sein durfte, aber sie verdorren zu lassen, schien ihm Unrecht gegen Gott.

Der alte schwerhörige Senatspräsident, der die Verhandlung führte, hatte die Angeklagte aus der Brustung dichter vor den Tisch treten lassen. Er horchte mit offenem Mund, die Hand an der Ohrmuschel.

„Ich verstand ja nicht, damit umzugehen,“ erklärte sie, „sonst wäre alles anders gekommen. Ich hatte erst fünf Patronen in den Revolver geladen, die wohl zu klein waren. Nur weil ich keine mehr davon hatte, habe ich noch eine aus der anderen Schachtel mit dem richtigen Kaliber genommen. Die war gut und lag zu oberst, so daß der erste Schuß losgegangen ist, nachher hat der Revolver verfaßt.“

„Sie wollten also noch einmal schießen?“

„Ja, natürlich!“

„Aber Sie mußten doch merken, daß schon der erste Schuß tödlich war. Wohin haben Sie den Revolver nachher gerichtet?“

„Gegen mich.“

Eine Bewegung war durch den Zuhörer Raum gegangen. Ewens nickte, fast etwas befreit. Genau so hatte er es sich gedacht.

„Es war mein Wille, gleich nach ihm zu sterben. Aber bevor ich begriff, warum der Schuß verfaßt, kamen die Leute und entwaffneten mich.“

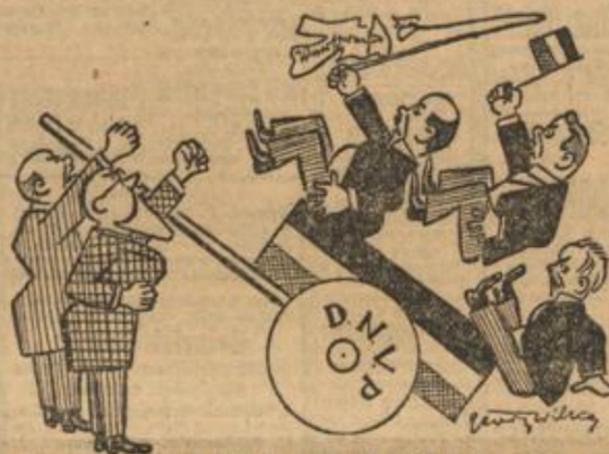
Ewens lehnte sich zufrieden zurück. Also doch, — sie hatte die Zellengruft vermeiden wollen.

Kollege Fetzl, der neben ihm saß, hatte den Revolver in die Hand genommen und prüfte die Kaliber, es war wohl, um den anderen die Behauptung der Angeklagten zu erklären. Er war ein

Die große Pleite.



„Das Blaue vom Himmel versprochen wir stets.
Der Wähler, der glaubt's und ganz wunderbar geht's!
Wir sitzen bequem, denn er zieht uns den Karren.
Versprechungen halten? Man hält ihn — zum Narren!“



„Verkauft! Der Wähler, er will nicht mehr ziehn.
Er läßt uns im Stich in dem bösen Berlin.
Was machen wir bloß? Das Vertrauen ist weg!
Der Karren fällt um, und wir sitzen im Dreck.“

großer Jäger und Waffenkennner. — Er legte ihn vor sich hin, spielte nerodos mit seinen Händen, griff wieder zur Waffe und entlud sie.

Ewens folgte ihm mit den Augen. Er war in einer Erregung, über die er sich keine Rechenschaft geben konnte. Der Gedanke an die langsame Verführung der Schönheit der Frau vor ihm peinigte ihn wie eine große Gottlosigkeit.

Wenn jetzt Fetzl den Revolver wieder füllen würde, — dachte er plötzlich, hätte Hanna nahe, was sie damals nicht mehr erreichte. Seltsam, Fetzl schien den gleichen Gedanken zu haben. Oder nein, der Vorliegende hatte ihn aufgefordert, vorsichtig die Lage der Patronen wieder herzustellen, so wie sie bei dem Verbrechen gelegen haben sollten. Man hatte Zweifel über die Tadelbarkeit. Jetzt füllte Fetzl die fünf unbrauchbaren ein, auch die Angeklagte sah genau zu und bestätigte die Lage durch ein eigenartiges Kopfnicken. Und jetzt schob Fetzl eine sechste Patrone darüber, schloß die Kammer und schob die Waffe vorsichtig auf den Tisch zu Ewens hinüber.

„Wie unvorsichtig!“ hatte der sagen wollen, aber der Gedanke, was Hanna Etteling wohl jetzt mit dem Revolver tun würde, war rascher. Er maß wie prüfend den Abstand, der sie von der Waffe trennte, zögerte eine Sekunde, ehe er den Revolver in die Hand nahm.

Ein Schatten, ein paar Schreie störten ihn auf. Er hob sekundenlang den Blick. Ja. — da kam Hannas, wollte die Waffe haben, genau wie er sich's vorgestellt hatte. Er zögerte, fuhr auf wie aus einem Schloß. Im nächsten Augenblick packte er zu, aber er schlug mit der Hand schallend auf den leeren Tisch. Er sah nur einen funkelnden, frohlockenden Blick der Frau, den geschwungenen Arm mit der Waffe. Dann fiel der Schuß.

„Meine Herren,“ sagte der alte Direktor kläglich, „ich fürchte, man wird uns eine große Unvorsichtigkeit vorwerfen. Aber wer hätte mit einer derartigen Möglichkeit gerechnet.“

„Ich nicht,“ stotterte Ewens.

Konjunktivitis.

Von Otto Ernst Heise.

Konjunktivitis nennt der Arzt eine bestimmte Erkrankung der Bindehaut des Auges. In der Zeit der Kohlennot, als die Gemäler der Schwimmankalten nicht jene Sauberkeit aufweisen konnten, die sie eigentlich hätten haben müssen, hat sich diese Bindehautentzündung nierzehnteljährig sehr verbreitet. Durch Desinfizierung des Wassers mit Chlorgas ist es schließlich gelungen, den geheimnisvollen Bakterien, die die Schwimmbadkonjunktivitis erzeugen, abzutöten. Der „Verband der Schwimmbadgeschädigten“ — das gibt es wirklich! — wird sich also nach Abwicklung der noch schwebenden Prozesse bald in Nichts auflösen können.

Die Konjunktivitis wird also wieder aus einer sozialen zu einer rein medizinischen Angelegenheit. Da es aber jeden echten deutschen Mann schmerzen muß, wenn ein Verein aufgelöst wird, so sei der Vorschlag zur Gründung eines neuen Verbandes von Leuten, die von einer Konjunktivitis anderer Art befallen sind, hiermit der Öffentlichkeit unterbreitet. Die Konjunktivitis allerdings, die wir „im Auge haben“, hat nichts mit Schwimmbädern zu tun, ist über-

haupt keine Krankheit oder etwas Negatives und Auszurüttendes, sondern vielmehr etwas höchst Positives und der Pflege Bedürftiges. Sie ist nicht so sehr eine Laifache — leider! — als vielmehr eine Forderung. Eine Forderung an alle, die schreiben und schreiben wollen.

Wir sprechen von denen, die den deutschen Konjunktiv anwenden oder nicht anwenden. Ich löge, gestünde ich nicht von vornherein, mein Stiel neige zu einer einigermaßen richtigen Verwendung des Konjunktivs. Wie klingt das? ... Fremdartig. Aber es ist richtiges Deutsch. Richtiger und besser jedenfalls, als wenn man spräche: Ich würde lügen, würde ich nicht zugeben, daß mein Stiel zur richtigen Verwendung des Konjunktivs neigt. Mit „hätte“ und „würde“ hat man den alten würdigen Konjunktiv so ziemlich schon aus unserer Gebrauchssprache vertrieben. Diese Gebrauchssprache ist in ihrer Entwicklung zu Kadewe, Nitropa und Bezeit nicht aufzuhalten und soll auch nicht aufgehalten werden. Aber wir haben ein Recht, uns neben dieser Jivillisationsverfälschung so etwas wie eine Sprache, auf der sich Musik machen läßt, zu wahren.

Wir sind schon arm genug. Der Grieche hatte neben dem Konjunktiv noch einen Optativ, eine eigene grammatische Form, um Wünsche auszudrücken. Glückliches Griechenland, in dem es so viel zu wünschen gab, daß man ein besonderes Sprachregister dafür schaffen mußte! Gewiß ist es ein metaphysisches Schicksal, daß uns diese Wunschform im Norden verlorengegangen ist. Wir sind mit unseren Anforderungen an das Dasein bescheiden geworden und kämpfen ihm das, was wir wünschen, mühsam ab. Der Optativ ist uns endgültig verloren. Der Konjunktiv steht auf dem Aussterbeetat. Selen wir trotz Demokratie und Republik hier ein wenig Romantiker! Pflegen wir den armen Moribunden, um uns im Stile Thomas Manns auszudrücken, dem übrigens gern das Ehrenkreuz des Ordens zur Konjunktivitis verliehen sei. Der alte Mann aus Indogermanien, der Herr Konjunktiv, soll noch etwas unter uns weilen, bis Kadto und andere neue teuflische Erfindungen alle Sprache überflüssig gemacht haben.

Ich genieße einer großen Freude, vollzöge eine möglichst große Schar von Stilisten den heimischen Eintritt in den Orden zur Konjunktivitis, damit er Einfluß gewünne. Oder heißt es gewinn?

Fähre dein Kind nicht in Versuchung. Eine Erziehungserfahrung.

Wenigstens bereitet den Eltern die Entdeckung, daß ihr Kind lügt; kaum ein Kinderfehler ist ja so schwer zu bekämpfen wie dieser, und daher werden wirklich treffende Ratschläge gewiß für viele bekümmerte Erzieher eine Wohltat sein. Sie sind zu finden in dem soeben im Auftrage der „Deutschen Gesellschaft zur Förderung häuslicher Erziehung“ herausgegebenen Buch „Vorträge für Eltern“, in denen Oberstudienrat Dr. J. Brüser wertvolle Erziehungserfahrungen aus der Kinderstube niederlegt. Das nachstehend daraus entnommene Erlebnis, das einen besonderen Fall, in dem die Mutter selbst nicht frei von Schuld zu sprechen war, berichtet, dürfte viele Eltern nachdenklich stimmen.

Nach einem Vortrag über Kinderlügen kam einmal eine Mutter zu mir und fragte, ob folgendes Vergehen ihres zehnjährigen Kindes noch als „Rottüge“ anzupreisen sei: Am letzten Schultag vor den Herbstferien war das Kind heimgekommen und hatte schweigend seinen Ranzen auf den Korridorisch gelegt. Die Mutter merkte sofort, daß etwas nicht in Ordnung sei, sagte aber nichts. Das Kind ging still ins Zimmer. Da sonst an diesem Tage die Kinderkassen mit aus der Schule brachten, brachte die Mutter das auffällige Betragen des Kindes mit der Klassenverteilung im Zusammenhang und durchsuchte den Ranzen. Richtig fand sie darin die Kasur. Sie war schlechter als sonst. Nachdem sie die Kasur wieder in den Ranzen getan hatte, ging sie zu dem Kinde in die Stube und fragte, ob sie denn heute keine Kasuren erhalten hätten. Das Kind verneinte und fügte hinzu, es wäre gefagt worden, die Kasuren gäbe es diesmal erst nach den Ferien. Die Mutter antwortete, da wolle sie doch einmal zur Urkel (ein Kind aus der Nachbarschaft) schicken und fragen lassen, ob die auch keine Kasuren bekommen hätte. Darauf erwiderte das Mädchen, Urkel ginge doch in eine andere Klasse, die hätten Kasuren bekommen, nur ihre Klasse nicht, weil die Lehrerin krank sei. — Die Mutter grämte sich schrecklich über die Lügen ihrer Tochter und wußte nicht, was sie tun sollte. — Als abends der Vater heimkam, weihte sie ihn in alles ein, und nun wiederholte sich das Verhör. Das Kind blieb bei seinem Beugnen. Als man es überzeugen wollte und den Ranzen durchsuchte, war die Kasur darin nicht mehr zu finden. — Erneute Aufregung! Drohungen! Schläge! Tränen usw.! Endlich gestand die Kleine, daß sie die Kasur auf der Diele hinter die Garderobe versteckt hätte. — Ich mußte der Mutter sagen, daß sie sehr leicht gehandelt hätte und an dem ganzen Auftritt Schuld sei. Heimlich nachsehen, wie sich etwas verhält und dann tun, als wisse man nichts, ist ganz verkehrt. Dazu die gefährliche Ausprägung! Wenn man von einem Vergehen des Kindes bereits Kenntnis hat, sage man es ihm auf den Kopf zu. Man wird auf diese Weise manche Kinderlügen verhindern.

Klassische Ragen. Friedrich Rückert hat mit seinem Verse: „Der Hund ist ein geborener Knecht / und was du tußt, das ist ihm recht, / die Katze ist ein freies Tier, / sie spielt mit dir, nicht du mit ihr“ eine tiefere Wahrheit getroffen, als er vielleicht selbst gewußt hat. Tatsächlich gibt es eine ganze Reihe von Ragen in der Geschichte, denen man einen für Tiere ungewöhnlichen Respekt entgegengebracht hat. Bekannt ist die Kriegerkatze, die die Perser in der Schlacht bei Belusum im Jahre 525 v. Chr. anwandten: da sie wußten, daß die Kriegerkatze die Ragen als heilige Tiere betrachteten, nahmen die vorberstehenden persischen Schlachtreihen lebende Ragen und hielten sie wie Schilde vor sich. Tatsächlich wagten die Kriegerkatze nicht, ihre Felle abzuschleifen, und die Schlacht endete für sie mit einer fürchterlichen Niederlage. — Von dem Propheten Mohammed erzählt man, daß er, als einst eine Katze auf einem Sipfel seines Mantels schlief und die Stunde kam, daß der Prophet zum Gebet neben mußte, er, um die Katze nicht zu stören, den Sipfel seines Mantels abschitt. — Danie besah eine Katze, die er so abgerichtet hatte, daß sie ihm, wenn er speiste oder las, mit den Worten einen kleinen Leuchter hielt. Eines Tages behauptete er seinem Freunde Cetto gegenüber, kunstvolle Dressur könne die Natur überwinden. Cetto bestritt dies und bot Dante, ihm die Katze mit dem Leuchter vorzuführen. Jedoch nahm Cetto ein Gefäß mit, in das er einige Mäuse eingesperrt hatte, die er entspringen ließ, als die Katze gerade dabei war, ihr Kunststück zu machen. Kaum hatte sie die Mäuse erblüht, da ließ sie das Gefäß fallen und ließ ihnen nach, worauf Dante sich geschlagen geben mußte. — Uebrigens will der bekannte Lustspielautor Jerome K. Jerome herausgefunden haben, daß Ragen Unbefantheit gegenüber zunächst per „Sie“ bleiben, während Hunde sich sofort mit jedem Fremden auf den Duzfuß stellen.

Das Magnet-Auto. Nichts ist für den Automobilisten verdrücklicher, als wenn ein lächerlicher Vogel, der irgendwo auf der Landstraße auf ihn lauert, seine Vereinerung auszuhandeln macht. Abgesehen von dem Zeitverlust, den ein Unfall dieser Art verursacht, ist er auch sehr kostspielig, denn Autoherausfindungen sind teuer, und wenn sie auch zur Not repariert werden können, so werden sie doch nie wieder so gut wie früher. Um diesem Uebelstand abzuwehren, beschloß in Amerika jetzt neuartige Spezialautos die wichtigsten Autostraßen. Sie tragen zwischen den Hinterrädern einen starken Magneten, der alle unherbergehenden Elemente automatisch aufammelt und die Straßen auf diese Weise „pneuscher“ macht.

Großgrundbesitzer gegen Bauern.

Müßelndersejungen in den landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Die scharfen sachlichen Gegensätze zwischen Großgrundbesitz und Bauernschaft drängen immer mehr zum Austrag. Die Großagrarier möchten den größten Teil der öffentlichen Kredite für sich selbst in Anspruch nehmen. Darüber ist es zu einem Konflikt zwischen den Großgrundbesitzern und den Bauern auf einem Gebiete gekommen, dessen sich der politisch eingestellte Reichslandbund bisher zum Nachteil des gesamten Genossenschaftswesens zu bemächtigen versucht hat.

Der Verbandsdirektor des Verbandes Landwirtschaftlicher Genossenschaften, Herr Dr. v. Altröck, hat nämlich, wie die „Konjunktur-Korrespondenz“ mitteilt, in einer Eingabe an den Präsidenten der Preussenkasse, an den preussischen Landwirtschaftsminister und an den Reichsernährungsminister darauf hingewiesen, daß in Auswirkung des Gesetzes über die Deutsche Rentenbankkreditanstalt eine unerfreuliche Grundertätigkeit im ländlichen Kreditwesen eingeleitet habe und daß infolgedessen die Beurteilung der Kreditfähigkeit und -würdigkeit der kreditsuchenden Landwirte in hohem Grade erschwert werde und die bestehenden Genossenschaften dadurch schließlich schwer gefährdet werden müssen. Es wird auf die Dauer nicht möglich sein, im Falle weiterer Zersplitterung so kleine Genossenschaftsbildungen, die nicht infolge ihrer hohen Kosten zu bestehen, lebensfähig zu erhalten. Dr. v. Altröck ersucht deshalb die genannten Stellen, den im Deutschen Bauernbund und im Reichsverband Landwirtschaftlicher Kleinbetriebe zusammengefügten Klein- und Mittelbetrieben bzw. deren Kreditinstituten nur dann und soweit Darlehen zur Verfügung zu stellen, als dafür wirklich im Einzelfalle ein Bedürfnis besteht, was für Reorganierungen in solchen Orten verneint werden müsse, in denen bereits ländliche Kreditgenossenschaften bestehen oder die in solche schon einbezogen sind.

Zu diesem Vorstoß Dr. v. Altröcks nimmt der Deutsche Bauernbund in einer Zuschrift an die Eingangs erwähnten Kreditinstitute und Ministerien Stellung. Darin wird darauf hingewiesen, daß die Weiterentwicklung des Genossenschaftswesens innerhalb des Deutschen Bauernbundes mit dem Gesetz über die Rentenbankkreditanstalt nichts zu tun habe.

Warenkredite werden von der Organisation schon seit mehr als 3 Jahren vermittelt. Personalkredite werden seit Frühjahr d. J. vermittelt und gegeben, also längere Zeit vor Inkrafttreten des Rentenbankkreditgesetzes. Gerade bei der heutigen wirtschaftlichen Lage und der Ueberkennung der Vermittlungsgebühren werde eine gesunde gegenseitige Konkurrenz der gesamten Landwirtschaft den allergrößten Vorteil bringen. Es stehe fest, daß die Rentenbankkredite durch den Verband des Herrn Dr. v. Altröck an den letzten Kreditnehmer selten unter 14 bis 15 Proz. Jahreszinsen herankommen, während die vom Deutschen Bauernbund vermittelten Rentenbankkredite dem letzten Kreditnehmer wirklich nur 12 Proz. kosten. Eine Monopolstellung der großen Verbände würde darauf hinauslaufen, daß die kleinen Verbände nicht angehörebenen Kreise von jeder Kreditmöglichkeit abschließen und gezwungen würden, gegen ihre Ueberzeugung diesen Verbänden beizutreten. Es könne nicht bestritten werden, daß ein großer Teil der bäuerlichen Bevölkerung zurzeit den großen Genossenschaftsverbänden ziemlich unfreundlich gegenübersteht, eine Haltung, die sich in den kommenden Monaten höchstwahrscheinlich weiter verschärfen werde. Die den großen Genossenschaftsverbänden nach der Stabilisierung zur Verfügung

gestellten Kredite seien zum wesentlichen Teile dem größeren Besitz zugewandt. Diese Kredite liegen nun in erheblichem Umfange vollkommen fest und werden auch für die nächste Zeit nicht liquide zu gestalten sein. Bei Eintritt der ersten Rückzahlungstermine haben sich die meisten Genossenschaften zunächst damit geholfen, daß sie mit allen Mitteln die kleineren Kredite aus bäuerlichen Kreisen zurückzogen, um so ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können. Jetzt sei man fast allgemein dazu übergegangen, den kleinbäuerlichen Besitzern den Kredit überhaupt zu sperren, um so lange als möglich den größeren Kreditnehmer, der erkärt, nennenswerte Summen nicht zurückzahlen zu können, zu schonen. Daher komme die starke Mißstimmung gegenüber den Verbänden und daher komme auch das Bestreben dieser Verbände, mit allen Mitteln eine Konkurrenz in bäuerlichen Kreisen gerade in dieser Zeit zu unterbinden.

Der ganze Streit ist außerordentlich lehrreich. Er zeigt, daß die angeblich so bauernfreundlichen Großagrarier nicht daran denken, auf die politisch und wirtschaftlich anders eingestellten Mitglieder der bäuerlichen Organisation irgendwelche Rücksicht zu nehmen. Wenn der Reichslandbund jetzt Kundgebungen mit der Parole „Bauern in Rot“ veranstaltet, so ist das also nichts als eine Geste der Unwahrhaftigkeit. Denn nicht dem Bauern soll die Fürsorge der großen Landwirtschaftsorganisationen, sondern nur der kleinen Kaste der Großbesitzer, deren Einfluß die Klein- und Mittelbetriebe sich mit Recht zu entziehen suchen, da sie davon doch nur den Schaden haben.

Ueber die jetzt mit der Reichsregierung schwebenden Kreditverhandlungen der Landwirtschaft wird amtlich mitgeteilt: Die immer schwieriger werdende Kreditlage der deutschen Landwirtschaft, namentlich in einzelnen durch besondere Ungunst der vorjährigen und der diesjährigen Ernte sowie der Abzahlerhältnisse betroffenen Bezirken, bildete den Gegenstand einer erneuten Verhandlung, zu der der Reichsminister Graf von Ranig Vertreter der Landwirtschaft aus verschiedenen Landes-teilen unter Hinzuziehung von Vertretern der zentralen Kreditinstitute am 23. Oktober empfangen hatte. Aus den einzelnen Gebieten wurde sehr eingehendes Material über den Umfang der laufenden Verbindlichkeiten und über die z. Zt. sehr beschränkte Verwertungsmöglichkeit der diesjährigen Ernte vorgelegt.

Von den Kreditinstituten wurde bei einer Reihe von Kreditgruppen die Möglichkeit gewisser Erleichterungen, auch über das allgemein bisher zugestandene Maß hinaus, in Aussicht gestellt, wenn auch kein Zweifel darüber gelassen werden konnte, daß selbst in denjenigen Bezirken, die jetzt zwei Jahre hintereinander von ausnahmsweise schweren Witterungsschäden getroffen worden sind, ein gewisses Maß von Abzahlung gewährleistet sein muß. Andererseits wurde von landwirtschaftlicher Seite besonderer Wert darauf gelegt, daß die Kreditfrage nicht als alleiniges Problem, sondern im engsten Zusammenhang mit der Abzögeris und den steuerlichen Verpflichtungen verhandelt werden müßte. Seitens der an der Besprechung beteiligten Finanzministerien des Reiches und Preußens wurde eine weitere Erörterung über die in den Rotgebieten seit dem Sommer entstandenen Steuerrückstände zugelassen. Es wurde festgelegt, daß das Verfahren einer näheren Aussprache über die Kreditlage zwischen dem Reich, den zentralen Kreditinstituten und der Landwirtschaft sich durchaus bewährt hat und in weiteren Besprechungen fortgesetzt werden soll.

Konsumgenossenschaften im Kampfe um den Preisabbau.

Bei ihrem Kampfe um die Möglichkeit einer Preisreduzierung stehen die im Zentralverband deutscher Konsumvereine zusammengeschlossenen Verbraucherorganisationen bei ihren Bemühungen, zum Preisabbau beizutragen, bekanntlich auf den starken Widerstand einiger Kartelle, die die Genossenschaften nicht als Großhandelsorganisation zulassen wollten. Der Streit mit der Vereinigung deutscher Steingutfabriken, über den wir seinerzeit berichtet haben, hat man zugunsten der Genossenschaften geendet. Auf das Einschreiten des Reichswirtschaftsministeriums hin hat dieses Kartell die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine als Großhandelsfirma anerkannt und ist damit endlich die Möglichkeit zugefallen, zu den gleichen Bedingungen wie der Privathandel ihre Waren zu beziehen.

Hingegen sträuben sich noch manche Kreise gegen eine lokale Durchführung der mit dem Reichswirtschaftsminister getroffenen Abrede, die dahin geht, daß die Genossenschaften ihre Rohlen an die Verbraucher billiger abgeben dürfen, als es die Händlervereinigungen vorschreiben. In Bünde in Westfalen mußte der Konsumverein die Erfahrung machen, daß ihm vom Großhandel die seit langem bestellten Rohlen nur in so kleinen Mengen geliefert werden, daß die Genossenschaft ihre Mitglieder nicht rechtzeitig versorgen kann. Das Verhalten der Lieferantenfirma ist um so erstaunlicher, als ja bekanntlich der Kohlenbergbau immer über seine Absatzorgane stöhnt und eigentlich zufrieden sein müßte, daß er neue Kunden findet. Auch in diesem Falle haben die Genossenschaften an den Reichswirtschaftsminister appelliert.

Bekleidungs-gesellschaft für deutsche Beamte AG. Zur Fasshorganisation des privaten Handels.

Das privatkapitalistische Industrie- und Handelsgewerbe kann sich nicht genug tun mit Klagen über die wirtschaftsdrückende Wirkung der Steuer-, Sozial- und Lohnlasten. Die Bekleidungs-gesellschaft für deutsche Beamte G. G. Berlin, ein genossenschaftliches Unternehmen mehrerer Postbeamtenverbände in der Form einer Aktiengesellschaft gibt den schließlichen Beweis dafür, daß der Grund dieser Klagen in der Fehlorganisation der Industrie und des Handels selbst liegen muß, nicht aber in den angeführten äußeren Belastungen liegen kann. Nicht $\frac{1}{2}$, des Aktienkapitals, was von der privaten Industrie schon immer als unerträgliche Belastung hingestellt wird, fast $\frac{1}{4}$ des Aktienkapitals erscheint bei der Bekleidungs-gesellschaft für deutsche Beamte A. G. auf dem Steuerkonto der Gewinn- und Verlustrechnung. Genau wie bei den privaten Handelsbetrieben, die schlechte Lage der Käufer, haben hier die schlechten Gehälter der Beamten zu einem starken Borgeschäft geführt, das mit teuren Bankkrediten durchgehalten werden muß. Die Bilanz weist Bankschulden von fast 800 000 M. aus und Schulden in dreifacher Höhe der Goldbilanz (1,27 gegen 0,40 Mill.). In der Gewinn- und Verlustrechnung erscheinen rund 63 000 M. für Zinsen und rund 47 500 M. Wechselzinsen. Warengläubiger und Bankschulden zusammen mit 1,88 Mill. verlangen fast die gesamten

Warenbestände, Forderungen, Bankguthaben, Kassenbestände und Wechsel (zusammen 2,03 Mill.) zur Deckung. Die Bilanz ist ziemlich angepannt, und es ist durchaus nicht erfreulich, daß die heute unvermeidliche Borgwirtschaft infolge der hohen Bankzinsen mit der Verteuerung der abgegebenen Waren bezahlt werden muß. Zudem hat die Bekleidungs-gesellschaft keineswegs geringe Geschäftskosten gehabt, wie das Handlungskontostat der Gewinn- und Verlustrechnung mit 977 000 M. beweist. Dennoch schließt die Gesellschaft mit einem ganz beträchtlichen Ueberschuß ab. Es wurde nicht nur ein offener Gewinn von 61 500 M. (= 20 Proz. des Aktienkapitals) erzielt, sondern auch eine Rückstaltung von 24 500 M. zur Erweiterung der Geschäftsräume. Aus dem Ueberschuß erhalten die beteiligten Verbände eine Dividende von 10 Proz. Der Reservefonds wird mit 31 800 M. auf reichlich 90 000 M. oder fast ein Drittel des Aktienkapitals erhöht. Soweit die Ziffern vergleichbar sind, ergab sich für Dezember 1924 der vierfache Umsatz gegen den gleichen Monat des Vorjahres. Die ersten beiden Monate 1923 brachten eine Verdreifachung der Umsätze gegen die entsprechenden Monate des Vorjahres. Der Absatz an Beamte in der Provinz hat sich im Februar dieses Jahres auf das Zehnfache des gleichen Monats des Vorjahres erhöht. Gewiß können die privaten Unternehmungen diesen Umsätzen gegenüber darauf hinweisen, daß die Selbsthilfeorganisationen der Beamenschaft ihnen Kundischaft wegnehmen. Es ist aber kein Zweifel, daß das nur möglich ist, weil die Beamten bei ihren Selbsthilfeorganisationen besser fahren als beim privaten Kaufmann; und die Klagen der privatkapitalistischen Unternehmungen unterstreichen nur, daß die vielfachen Zusammenbrüche nicht auf an sich zu geringe Verdienste, sondern auf die Fehlorganisation des Handels und auf die durch die Preisstellung abgeschreckte Käuferkraft zurückzuführen sind.

Riese-Werk A. G. und Deutsche Niles-Werke A. G. Berlin. Neben der Stadt-Motorflug-A. G., deren Wechselverbindungen an die Landwirtschaft den ganzen Rahn-Konzern in augenblicklich durch eine Stützungsaktion wieder erhobene Zahlungsschwierigkeiten gebracht haben, sind die Riese-Werk A. G. und die Deutsche Niles-Werke A. G. mit 4,01 und 2,82 Millionen Mark Aktienkapital die bedeutendsten Unternehmungen des Konzerns. Das Schicksal der beiden Werke ist auch bedeutsam für die Berliner Arbeiter-schaft, die den beiden Werken eine beträchtliche Belegschaft stellt. Die Bilanzen der beiden Werke lassen nun schon für Ende 1924 eine beträchtliche finanzielle Anspannung erkennen. Die Zugänge auf dem Fabrik-, Maschinen- und Werkzeugkonto fließen offenbar nicht aus Betriebsgewinnen, sondern aus Beleihung von je 1,39 Millionen Mark Goldpfandbriefen bei den Banken aus einer Hypothek, die beim Berliner Pfandbriefamt auf jedes der beiden Werke errichtet wurde. Bei beiden Unternehmungen lagen die Kassenstände am 31. Dezember 1924 tiefer als die Schulden. Es müssen Teile der Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikat-läger hinzugenommen werden, um für die laufenden Schulden den Ausgleich zu schaffen. Auf der anderen Seite scheint die Verwaltung auf sorgfältige Führung der Geschäfte bedacht zu sein. Bei beiden Unternehmungen wurden Abschreibungen im angemessenen Verhältnis vorgenommen und in richtiger Erkenntnis der schwierigen Wirtschaftslage auf die Er-

rechnung und Ausschüttung täuschender Gewinne verzichtet. In beiden Fällen wurden die kleinen Nettogewinne (10 900 und 7 700 M.) auf das nächste Jahr vorgetragen. Die Schwierigkeiten, in die der Rahn-Konzern durch die Pumpwirtschaft des Staates gegenüber der Landwirtschaft gekommen ist, beschreiben hier also Werke, die auf gutem Fundament ruhen. Ein Beispiel dafür, wie schmerzbar den Interessen der Belegschaft sehr fernliegende Dinge, wie die staatliche Kreditgewährung an die Landwirtschaft eine Rückwirkung auf die Arbeiter-schaft haben. Das ist eine Mahnung, noch mehr als bisher die Zusammenhänge zwischen der großen Politik und den Vorgängen in den Verwaltungen der Betriebe aufmerksam zu verfolgen.

Der Sigel-Konzern hat sein Verwaltungsgebäude in Frankfurt a. M. an die höchsten Farbwerke verkauft. Wie es heißt, soll in dem Verwaltungsgebäude die Zentralverwaltung des neuen Farbenkonzerns untergebracht werden.

Vollständige Sanierung beim Rahn-Konzern. Die Sanierung des Rahn-Konzerns ist bis auf das Einverständnis seitens eines öffentlichen Berliner Instituts, das noch formale Bedenken erhebt, beendet. Die Finanzgläubiger haben sich verpflichtet, die vorläufige Entwicklung abzuwarten. Durch die Revisions- und Treuhänder A. G. ist ein weiterer Kredit von 3 Mill. M. gewährt worden, für einen kleineren Teil hat die U. G. Ausfallbürgschaft übernommen.

Ein 40-Millionen-Auftrag für die August-Thyssen-Hütte. Wie die „Rhein. Volkstz.“ meldet, sind am vergangenen Sonnabend Verhandlungen zum Abschluß gekommen, die der August-Thyssen-Hütte (Pfeilsheim) einen Auslandsauftrag über etwa 40 Millionen sichern. Der Auftrag besteht in der Lieferung von Wasserrohrleitungen nach Afrika. Er ist vom Handelsvertreter der August-Thyssen-Hütte in London vermittelt worden und sichert dem Werk eine Beschäftigungsmöglichkeit für etwa acht Monate. Die Lieferung des Rohmaterials ist dem Hauptwerk der Hütte in Gumborn in Auftrag gegeben.

Aus der Schokoladenindustrie. Im Gegenzug zu vielen Klagen über schließenden Geschäftsgang mancher Industriezweige teilt die Gebrüder Stollwerck A. G. in Köln mit, daß sie ihre Arbeiterzahl seit dem 1. September um nicht weniger als 1100 Mann vermehren konnte, was auf einen recht guten Abschluß schließen läßt.

Russische Aufträge an deutsche Großhandelsfirmen. In den letzten Wochen wurden nach der „Konjunktur-Korrespondenz“ bei deutschen Metallhandelsfirmen für 10 Mill. M. Metalle angekauft, und zwar verteilten sich die Aufträge auf die Firmen Aron Hirsch, Metallgesellschaft, Allgemeine Erz- und Metallhandels-gesellschaft, Pfäfer, Baer Sandheimer und Karl Sieberg. Ferner erhielt die Eisen-großhandlung Otto Wolf in den letzten Tagen einen Auftrag auf Lieferung von Dachblechen im Umfange von 2 Mill. M., bei dessen Ausführung sie als Händlerfirma fungiert, da ein großer Teil dieser Lieferungen von Werken ausgeführt wird, die nicht zum Wolf-Konzern gehören. Der gleichen Firma wurde noch ein Auftrag auf Bohrerohre im Werte von 2 1/2 Mill. M. erteilt. Schließlich lauffe die Handelsvertretung von der Berliner Papier-großhandlung S. L. Cohen noch für 4 Mill. M. Papier.

Konfigurations-läger deutscher Firmen in Rußland. In der ersten Oktoberhälfte sind zwischen der Berliner Sowjet-Handelsvertretung und einer Reihe bekannter deutscher Firmen 32 Konfigurationsverträge im Gesamtwerte von 15 Millionen Mark abgeschlossen worden. Die Beträge bedürfen noch der Bestätigung der zuständigen Regierungsstellen in Moskau. Außerdem wird zurzeit mit zahlreichen anderen deutschen Firmen über den Abschluß von Konfigurationsverträgen verhandelt. Wie der Außenhandelskommissar Kraßin dieser Tage in der Sowjet-Pressenote ausführt, soll diese Geschäftsart besonders gepflegt werden, da sie hinsichtlich der Kredite besondere Vorteile bietet. Die abgeschlossenen Konfigurationsverträge beziehen sich auf die Lieferung von Werkbänken, Drehbänken für die Metallbearbeitende und holzverarbeitende Industrie, Werkzeugen und Werkzeugmaschinen sowie deren Ersatzteile. Die Vertragsbedingungen sehen Kredite von sechs bis acht Monaten vor.

15 000 Tonnen Röhrenauftrag für Thyssen. Wie gemeldet und inzwischen bestätigt worden ist, hat die Firma Thyssen auf Grund einer Bewerbung bei südafrikanischen Ausschreibungen einen Auftrag auf die Lieferung von 15 000 Tonnen Röhren erhalten.

An unsere Leser!

Der Ausgang der Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung zeigt, wie notwendig die Verbreitung der Arbeiter- und des „Vorwärts“ ist, damit wir immer weitere Kreise für die sozialistische Bewegung erschließen und gewinnen. Schon steht die Arbeiterschaft wieder vor neuen Kämpfen. Die Reichstagsauflösung, die vor der Tür steht, muß dem „Vorwärts“ Tausende und aber Tausende neuer Leser zuführen.

In der heutigen Nummer begannen wir mit dem Abdruck eines neuen Romans:

„Die Passion“ von Clara Viebig.

Ein Werk von feinsten Beobachtung und tiefer psychologischer Wirkung! Das Werk einer Dichterin, die nicht als einmal in ihrer vornehm-sächlichen Gesellschaft das Leben der arbeitenden Menschen für arbeitende Menschen dargestellt hat und deren Name gerade in der sozialempfindenden Bevölkerung einen guten Klang hat.

Die Gelegenheit ist günstig! Genossen, denkt daran, daß jeder neue Leser des „Vorwärts“ gleichzeitig ein neuer Mitkämpfer für die Partei ist! Darum:

Werbt neue Leser für den „Vorwärts“!

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, einzusenden.

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ und den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Filmwelt“, „Anderer Freund“ und „Frauenstimme“ in Groß-Berlin täglich zweimal drei ins Haus.

(Monatlich 3 Goldmark, wöchentlich 70 Goldpfennig.)

Name _____

Wohnung _____

_____ Straße Nr. _____

born _____ Hof — Luergeb. — Seit. nll. — Tr. links — rechts

bei _____

